

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Preußen, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Elsaß, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Mehrsten Sonntagsbeilage „Wort und Tat“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kämmer“, „Freizeit“, „Der Rinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Wort in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonparvellen Seite 10 Pfennig, Restansätze 5.- Reichsmark. „Kleinanzeigen“ des Letztgedruckten Wortes 25 Pfennig (außer zwei Letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenbeilage des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Kiosken für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 18. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsstellen: Berlin SW 68 - Verkaufsstelle: Wand der Arbeiter, Kassenstellen und Beamten. Halle 65: Distrikts-Geschäfts-Depotstelle Lindenstr. 3.

# Ungelöste Probleme der Reichspolitik.

## Beratung des Haushalts des Innenministeriums im Reichstage. — Genosse Sollmann für den Einheitsstaat. — Reudell hat nichts zu sagen.

Herr von Reudell hat sich gestern dem Reichstage zum andern Male vorgestellt. Herr von Reudell ist Reichsinnenminister. Das Reichsinnenministerium umfaßt einen gewaltigen Aufgabentkreis. Der Minister, der es wirklich leitet, steht vor einer gewaltigen Aufgabe. Er soll führend vorangehen bei der Lösung der brennenden Probleme der deutschen inneren Politik.

Herr von Reudell hat vor dem Reichstag über seine Absichten gesprochen. In fünfzehn Minuten. Einige Worte über die Vergangenheit und die heutige Staatsform. Einige Worte über die Beamtenverfassung, einige Worte für die Souveränität der Länder gegen den Einheitsstaatsgedanken. Das war alles.

Herr von Reudell ist der Mann, der im Kapp-Putsch nichts gemerkt und nichts gedacht hat. Der reine Tor.

Heute muß man sagen: Herr von Reudell, der Mann, der nichts gesagt hat.

Warum? Weil er nichts zu sagen hatte?

Hat sich Herr von Reudell Gedanken gemacht über die innerpolitischen Probleme in Deutschland? Wenn ja — war das die Summe seiner Gedanken, die er dem Reichstag vortragen hat? Der Verdacht liegt nahe: wenn man einem Deutschnationalen die Phrasen wegnimmt, von denen seine Partei bisher gelebt hat, so bleibt ein leeres Gefäß übrig.

Oder sollte Herr von Reudell nichts haben sagen dürfen, weil die Regierung des Bürgerblocks in den innerpolitischen Fragen so wenig einig ist wie in den Problemen der Sozialpolitik und der Finanzpolitik?

Der deutschnationalen Reichsinnenminister überließ es der Opposition, Problemstellung und Zielpunkte der inneren deutschen Politik aufzulegen. Genosse Sollmann forderte Erklärungen über die Punkte, die Herr von Reudell vermieiden hatte. Was ist mit der Verlängerung des Republik-Schutzgesetzes, was mit dem Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung? Wie steht es mit den Verhandlungen über das Konkordat? Wie steht Herr von Reudell zu der langen Reihe der Verträge Bayerns gegen die Reichsverfassung? Auf diesen Gebieten liegen wichtige Aufgaben der deutschen Politik. Zu ihrer Lösung gehört wahrhaft republikanische Gesinnung, inneres Bekenntnis zur Verfassung von Weimar, Wille, sie auszubauen im Geiste derer, die sie geschaffen haben. Und nun gar die Fülle der kulturellen Aufgaben, die das Reichsinnenministerium zu bearbeiten hat, und deren Herr von Reudell nicht mit einem Worte gedachte!

Genosse Sollmann schloß seine treffliche Rede mit einer starken Begründung der Notwendigkeit des Einheitsstaates, der mit dem Unfug der Kleinstaaterei, der Zersplitterung, des Partikularismus aufräumt. Er fand dabei die Unterstützung des Redners der Volkspartei, Dr. Cremer, dessen Bekenntnis zum Einheitsstaat mit der ablehnenden Stellung des Herrn von Reudell schlecht zusammenstimmt.

Die Rede des Genossen Sollmann zeigte, daß die Sozialdemokratie gewillt und entschlossen ist, am politischen und sozialen Ausbau der Republik zu arbeiten. Die Sozialdemokratie hat die Republik geschaffen. Sie ist das junge, lebendige, schaffende, fortbildende Element im neuen Staate. Der Geist, der sie erfüllt, ist der wahre Geist der republikanischen Verfassung. Dieser Geist aber ist dem Reichsinnenminister des Bürgerblocks fremd. Wie soll er, dessen Verfassungsbekenntnis so jungen Ursprungs ist, dessen Partei dem Werden des neuen deutschen Staates ablehnend gegenüberstand, Verständnis finden für die Probleme, die sich mit innerer Notwendigkeit aus dem Wesen des neuen Staates geben?

So standen sich Opposition und Regierung gegenüber. Die Opposition die wahre Staatspartei, die Regierung, vertreten durch einen Mann dem das Bekenntnis zum neuen Staat ein äußeres, formelles ist.

Von einem Manne, der eben deshalb nichts zu sagen hatte.

Nachdem der Reichstag gestern die Beratung des Etats des Ernährungsministeriums beendet hatte, über die wir am Schluß berichteten, trat er in die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern ein. Der neue Reichsinnenminister von Reudell eröffnete die Beratung mit einer „Programmrede“.

### Reichsminister v. Reudell:

Das Ringen unseres schwergeprüften Volkes um seinen Wiederaufstieg darf nicht durch die Inangriffnahme schwieriger Verfassungsprobleme gestört werden. Es gilt, beizutragen zur Verminderung des gegenseitigen Mißtrauens, das in unserem Volke herrscht.

Der Volkstrauertag, welcher in einer Reihe von Ländern nicht an demselben Datum begangen werden konnte, liegt hinter uns. Wächte die Erinnerung an den Weltkrieg trotz aller erschütternden Einzelschicksale, das Fronterlebnis, das Hohelied des Einsatzes des Lebens für andere immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden. (Beifall.) Der Rückblick in die Vergangenheit erinnert an die Ehrung ihrer Symbole, von der in der Regierungserklärung die Rede war. Ich bin dabei getragt worden, was ich darunter verstehe. Der Herr Reichszkanzler hat bereits in seiner Erklärung von der Ehrung unserer Geschichte gesprochen. Die Verunglimpfung unserer Geschichte und Vergangenheit dient auch zur Verächtlichmachung unseres Reiches im Ausland und stößt im Innern wie ein Dolch schon dem Vaterlande in seiner neuen Form ehrlieh und auch erneut dienen wollen. Es ist andererseits eine Tatsache, daß

die heutige Staatsform und ihre Symbole Herzenssache eines großen Teiles unserer Bevölkerung geworden sind. Was folgt aus allem diesem für die Reichsregierung? Es folgt daraus, daß die Behandlung der Verfassungsfragen nicht mit dem Ziel der möglichst schmerzlichen Verabschiedung einer Fülle neuer Verfassungsgesetze erfolgt, sondern unter

stetem, ruhigem Ausbau und Ergänzung der vorhandenen Bestimmungen und Anordnungen.

daneben steter Toleranz gegen Andersdenkende. Das Ziel muß sein, daß der Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht der Geldbeutel. (Wärmende Zwischenrufe links.)

Zunehmend scheint doch unsere gesamte Kirchen- und Schulgesetzgebung diesem hohen Ideal und Ziel nicht voll gerecht zu werden. Da habe ich im Augenblick zu registrieren die Beunruhigung weiter Kreise nach zwei Richtungen. Einmal der immer vernehmlicher werdende Schrei der Elternschaft nach Freiheit der Erziehung der Kinder und neuerdings Bejagung der vor Preisgabe staatlicher Hoheitsrechte gegenüber der Kirche. Ich bin im übrigen der festen Überzeugung, daß ein Weg gefunden werden kann und muß, welcher den verschiedenen Konfessionen gibt, worauf sie Anspruch haben und im übrigen dem Staate gibt, was des Staates ist. (Lärm und Zurufe links.)

Ich möchte mich darauf beschränken, auf zwei große Fragen einzugehen. Als Beamtensminister liegt mir die Fortführung der Beamtenverfassung besonders am Herzen. Die Reichsdienstleistungsordnung steht vor dem baldigen Abschluß. Das Beamtenvertretungsgesetz steht vor der letzten Abstimmung im Reichsrat. Das große Beamtengesetz soll folgen.

Die Stellung der Beamten zur deutschen Republik ergibt sich aus der Verfassung, die nach wie vor die Grundlage ihrer Tätigkeit bildet.

Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß sich die Beamten mit dem Staate verbunden fühlen sollen.

(Zuruf bei den Kommunisten: Nicht mit der Republik!), d. h., daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst des Staates zu stellen haben. Ich füge hinzu, daß auch für die Beamten die Artikel 118 und 130 der Verfassung im gesamten Umfange Geltung haben. (Zuruf bei den Sozialisten: Seccring!)

Den Anhängern des Einheitsstaates darf ich vielleicht einen geschichtlichen Vergleich unterbreiten. Vor wenigen Jahrzehnten war es von den Staatsrechtslehrern fast nur Arndt, welcher unter meines Erachtens allerdings begründeter Berufung auf Bismarck die Theorie der Souveränität der Verbündeten Regierungen und damit auch der einzelnen Bundesstaaten aufrecht erhielt. Andere sprachen von der Teilung der Souveränität, die meisten lehnten eine Souveränität der Bundesstaaten ab. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß die Regierung des größten Landes, welchem Anhänger des Einheitsstaates in diesem Hause doch recht nahe stehen, bereits angesichts irgendwelcher finanzieller oder sonstiger Initiativen des Landes zu erlösen, und dies gestützt auf die verschiedensten Parteien. Ich bemerke dies ohne jede persönliche Schärfe — ich stehe selbst auf dem Standpunkt der Souveränität der Länder — lediglich zur freundlichen Berücksichtigung für die Anhänger des Einheitsstaates.

Die Reichsregierung wird jederzeit für Ausgleichung und Einschränkung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern wie zwischen letzteren eintreten. Ich halte es als Reichsminister des Innern für meine ganz besondere Pflicht, nicht nur in leidenschaftlicher Beharrlichkeit dies Ziel zu verfolgen, sondern mit aller Wärme durch Pflege persönlicher Beziehungen und vertrauensvoller sachlicher Zusammenarbeit darauf hinzuwirken und hierbei stets eingedenk zu sein des altösterreichischen Wahlspruchs: „Viribus unitis“ — „mit vereinten Kräften!“

### Abg. Sollmann (Soz.):

Alle Hinweise, daß die Kulturaufgaben zunächst Sache der Länder seien, können die Tatsachen nicht vermissen, daß der Haushalt des deutschen Kultusministeriums viel zu kümmerlich ausgestattet ist. Unsere kulturelle Leistung ist spärlicher als unsere militärische. Den Gesamtausgaben von 56,7 Millionen für das Reichsministerium des Innern stehen 707 Millionen für Reichsarmee und Marine gegenüber. Sehen wir von den fortwährenden Ausgaben dieses Reichsministeriums die Summen für den Reichsminister für öffentliche Ordnung und Technische Nothilfe ab, so bleiben ganze 19 Millionen Mark. Im Heeresetat ist allein schon die Summe für Manöver höher: 20,9 Millionen Mark. Und der kleine Kreuzer C mit 24,5 Millionen Mark ist um 5 Millionen kostspieliger als die gesamten fortwährenden Ausgaben

# Schwere Kämpfe vor Nanking.

## Noch keine Entscheidung. — Verunglückter Generalstreikaufruf in Schanghai.

London, 17. März. (U.) Wie der Schanghaier Verteidigungskommissar mitteilt, sind im Frontabschnitt von Nanking, ungefähr 150 Meilen nordwestlich von Schanghai, schwere Kämpfe im Gange, die jedoch noch zu keiner Entscheidung geführt haben.

Auf Grund von Nachrichten, daß Nanking gefallen sei, hat der chinesische Gewerkschaftsrat in Schanghai heute früh den Generalstreik ausgerufen. Der Aufforderung sind bis zum Augenblick jedoch erst 13 000 Arbeiter nachgetreten, nach einem späteren

Bericht der „British United Press“ beginnen die Schanghai verteidigenden Streitkräfte General Tschangjungschang offenbar dem Druck der vorrückenden Kantoneser bereits nachzugeben.

Die britischen Militärbehörden haben einen Sitz und zwei Mohammedaner verhaftet, weil sie die indischen Truppen zur Meuterei aufforderten. Die englischen Behörden haben zurzeit ihre ganze Aufmerksamkeit auf eine, wie man annimmt, geheime kommunistische Organisation zur Untergrabung der Disziplin der indischen Truppen gelenkt.

### Die Lage in Schanghai.

London, 17. März. (W.F.B.) Reuter meldet aus Schanghai: Die Agitation unter den Arbeitern nimmt immer mehr zu. Von der Bewegung sind 20 000 Arbeiter der Spinnereien ergriffen. Das letzte Opfer der Terroristen wurde die Gattin des chinesischen Inspektors der Seidenbahnen, die in ihrer Wohnung durch Revolvergeschosse getötet wurde. Die Mörder sind entkommen.

### Verhandlungen über kampflöse Uebergabe von Schanghai.

Schanghai, 17. März. (Reuter.) Wie gemeldet wird, verhandelt der Führer der Schanghai-Truppen General Pischuschen und der Oberbefehlshaber der Kantonnarmee Tschangkaifsch über die Möglichkeit eines Abkommens, durch das den Nationalisten die friedliche Befehung der Stadt ermöglicht werden soll.

### Wahlreform als Auftakt zum Linkskartell?

#### Verhandlungen zwischen Sozialisten und Radikalen eingeleitet.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammergruppe hat am Donnerstag in einer Sitzung mit Befriedigung den Beschluß der Radikalen Partei Kenntnis genommen, die Regierung zu ersuchen, mit möglicher Beschleunigung die Wahlreform, d. h. die Rückkehr zur Kreiswahl noch vor den Kammerferien auf die Tagesordnung zu setzen. Zwischen den Linksparteien sind gegenwärtig, um einem evtl. Widerstand von Regierung und Reaktion vorzubeugen, Verhandlungen im Gange. Sie bezwecken, ein gemeinsames Vorgehen über die Taktik bei der parlamentarischen Debatte über die Wahlreform zu verabreden.

des Reichshaushalts für das Ministerium des Innern. (Hört, hört!) Zur Befämpfung der Streiks (Technische Nothilfe) sind 2½ Millionen Mark angelegt, für das Reichsgesundheitsamt nur 1,4 Millionen Mark. (Hört, hört!)

Selber ist unser Drängen, für Studentenhäuser 1 Million einzusetzen, von den bürgerlichen Parteien nicht berücksichtigt worden. Wenn man die 2½ Millionen Mark für die Technische Nothilfe streichen und sie für Studentenhäuser und Erziehungsbehörden an befähigte Arbeiter ausgeben würde, wäre ein gutes Werk getan.

Auch die Sorge für das Grenzlanddeutschtum und das Auslandsdeutschtum findet unsere Unterstützung. Jeden Mißbrauch solcher Fonds aber zur Störung unserer Außenpolitik lehnen wir ab. Für bedenklich halten wir, daß an den höheren Schulen Vereine des Deutschtums im Auslande gegründet werden. Bei dem Geiste, der leider noch immer viele Lehrerkollegen beherrscht, ist die Gefahr eines politischen Mißbrauchs der Kinder gegeben. Reichsminister Dr. Kütz ist vor einem Jahre mit einem großen Programm vor das Haus getreten. Bewußtlich ist außer dem Schund- und Schmutzgesetz nichts (Gedächtnis) Herr v. Reubell aber zeichnet sich durch eine allzu große Bescheidenheit aus. Sein Programm ist vollkommen nichtslugend. Freilich hat er nun wiederholt schon Beteuerungen seiner republikanischen Treue abgegeben. Nur merkt man noch nicht einmal einen Anlauf von Lat. Wir fordern von ihm und der Reichsregierung schleunige Stellungnahme zum Abtun des Republikanengesetzes am 1. Juli d. J. Die Zeit drängt. Die Republik muß dem ehemaligen Kaiser auch nach dem 1. Juli die Rückkehr unmöglich machen, weniger aus Gründen der Staatssicherheit, sondern aus denen der Staatsmoral. Wilhelm II. hat nichts umgelernt. Wird Herr v. Reubell seinem Reichstamm für öffentliche Ordnung auch anweisen, seine deutschnationalen Bestimmungsnutzen zu überwachen, die als Konservative erneut die Forderung „Mit Gott für König und Vaterland, und Mit Gott für Kaiser und Reich“ ausgegeben haben? Herr v. Reubell ist auch Beamtenminister. Im Hauptauschuß hat er erklärt, daß er ebenso, wie er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den Schutz und die Ansehen der Verfassung einträte, dieselbe Unschicklichkeit auch von den Beamten erwarte.

Dieser klaren Formulierung fehlt das zweideutige Gerate seines deutschnationalen Fraktionsfreundes Dr. Berndt gegenüber, der da sagt, daß Staatsbeziehung nicht dasselbe sei wie Beziehung der Staatsform. Von dem Beamten könne nicht verlangt werden, daß er die Staatsform bejahet.

Das ist ein unwürdiges Spiel mit Worten zur Verwirrung der Beamtenschaft. Ein Beamter ist nie ganz Privatmann. Die Republik muß einen anderen Beamtentyp entwickeln als der privilegierte Staat der Monarchie. Kommandogeist, Kastienstolz und Abgeschlossenheit des höheren Beamtentums passen nicht mehr in diese Zeit, die die Beamten als Diener des Volksoaktes sehen will. Wir kommen nie zu einem Volksstaate, wenn die Beamten sich als Diener des Obrigkeitsstaates fühlen.

Der Haushaltsauschuß hat einige unserer Anträge angenommen, die den republikanischen Unterricht in der Schule der Austreibung und der republikanischen Symbole und der Veranschaulichung würdiger Verfassungsfeier dienen wollen. Es ist bezeichnend, daß die deutschnationalen Regierungspartei gegen diese Anträge gekämpft hat.

Das von allen Reichsministern der letzten Jahre angekündigte Ausführungsgezet zum Artikel 48, dem Diktaturparagrafen der Reichsverfassung, liegt noch immer nicht vor. Wenn Herr v. Reubell schweigt, sollte Dr. Kütz reden, der ja wissen muß, welche Vorbereitungen getroffen sind. Wir verlangen dies Ausführungsgezet. Aber wir wollen die Lehren des Jahres 1923 nicht abgemacht wissen. Einen militärischen Ausnahmezustand darf es nicht mehr geben. Die Sonderrechte der Länder müssen möglichst eingeengt werden. Die ganze Verantwortung muß bei der Reichsregierung liegen. Als Exekutive darf nur die Polizei herangezogen werden. Selbst wenn in seltensten Ausnahmefällen militärische Hilfe für notwendig erachtet wird, darf das Militär nur unter der Leitung von Zivilbeamten handeln. Militärischer Ausnahmezustand und selbständiges militärisches Eingreifen vertragen sich nicht mit dem demokratischen Grundgesetz der Verfassung.

#### Die Frage des Reichskonkordats

Einige große Teile des Volkes. Wir beurteilen diese schwierige Angelegenheit durchaus mit dem Respekt, den die große kulturelle Weltmacht des Volkens verdient. Wir bedauern aber, aus innen-

## Löbes Genesung.

### Der Reichstagspräsident kehrt in seine Wohnung zurück.

Nach der schweren Operation, der Genosse Löbe am 24. Februar sich unterziehen mußte, hat sein Befinden sich langsam aber beständig gebessert. Gestern nachmittag konnte er endlich die Klinik verlassen und wieder seine Wohnung an der Friedrich-Ebert-Straße aufsuchen.

Nach freilich bedarf er längerer Zeit der Erholung, um wieder in den vollen Besitz seiner Kräfte zu gelangen. Aber wir hoffen, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem er seines Amtes im Reichstag wieder waltend kann.

und außenpolitischen Gründen, daß das Reich sich die Führung der Verhandlungen mit dem heiligen Stuhl anscheinend ganz aus der Hand nehmen läßt. In Bayern hat der Vatikan schon ein Konkordat erreicht, das wir für verfassungswidrig halten. In Preußen sollen die Verhandlungen sehr weit gediehen sein. Das sind neue Hindernisse gegen ein einheitliches Reichsrecht. Gerade aus den protestantischen Teilen der jetzigen Regierungskoalition kommen leidenschaftliche, zum Teil böhmische und respektlose Angriffe gegen das Konkordat. Ein vor mir liegendes deutschnational-protestantisches Flugblatt ist auf den Vers von Goethe abgestimmt:

„Mit Konkordat und Kirchenplan

Nicht glücklich durchgeführt?

So, sagt einmal mit Rom nur an,

So seid ihr angeführt!“

Wir fordern eine Erklärung vom Regierungstische zur Konkordatsfrage. Es ist bekannt, daß wir eine Trennung zwischen Kirche und Staat anstreben, wie sie zu allen Zeiten gerade aus Gründen religiöser Reinheit von vielen Gläubigen gefordert worden ist. Jedenfalls wollen wir peinliche Beachtung der Reichsverfassung und keine Preisgabe von Staatsrechten.

#### Ungeklärt ist noch immer das bayerische Problem.

Obwohl die Bayern alle ihre Friedensfreunden wieder haben, Bodmer, Starkbier, Märzgenier, Oktoberfest und Fasching, sind mindestens die bayerischen Monarchisten noch immer recht ungemüht. Der bayerischen Regierung scheint es unangenehm zu sein, daß sich die Reichsverfassung als Blatt Papier zwischen sie und ihr Volk schiebt. Immer wieder wird gegen den Geist dieser Verfassung verstoßen. Der kommunistischen Partei ist jede, auch jede geistliche Betätigung verboten. Die Regierung in Regensburg verbietet Berufsschülern bis zu 18 Jahren die Mitgliedschaft in der Arbeiterjugend, die zu den von der Reichsregierung anerkannten Reichsjugendverbänden gehört. Dagegen wird die monarchistische Propaganda gestützt und unterstützt. Unter den Augen der bayerischen Regierung feiert das Nachrichtenblatt des bayerischen Helmat- und Königsbundes im Oktober dieses Jahres „Bayerns rechtmäßige Königin“ und wünscht, sie bald als Königin und Landesmutter waltend zu sehen. (Hört, hört!) Diese bayerische Monarchistenstimmung wirkt grotesk, wenn man sich erinnert, daß gerade die bayerische Regierung am 25. Oktober 1918 die erste deutsche Regierung war, die den Sturz des Kaisers aus außenpolitischen Rücksichten gefordert hat.

Der bayerische Ministerpräsident irrt, wenn er am 15. Dezember 1923 jagte: „Lehnen Endes hat allein das bayerische Volk darüber zu entscheiden, welche Staatsform es haben will.“ Nach Artikel 17 der Reichsverfassung muß jedes Land eine freilichliche Verfassung haben.

Auch die Titelverleihung ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Man scheint in Bayern das Weihnachtsfest zu einer Feier für politische Kinder machen zu wollen. Die bayerische Regierung sollte am Weihnachtsabend, wenn sie hundertweise Gewerbe, Delinomie- und Pharmazieträde ernannt, antworten lassen: „Ihr Kinderlein kommet, o kommet doch all...“ Auch ein Zentrumskblatt, die „Königliche Volkszeitung“, wendet sich gegen Titel und Orden, weil diese bösen Unmüllen erregen müßten. Der Reichsinnenminister hat von den bayerischen Denkschriften, die gegen die Reichsregierung gerichtet sind, im Haushaltsauschuß gesagt, daß die darin enthaltene Fülle von beachtenswerten Anregungen von den zuständigen Ressorts geprüft werden. Das ist ein gefährliches Wort. Diese bayerischen Denkschriften bestreiten die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung, in dem

sie das Verhältnis Bayerns zum Reich auf die Fürstenerträge des Jahres 1871 zurückführen wollen. Das Ziel dieser Denkschriften ist Schwächung der Reichsgewalt, Wiedererhebung der Bundesstaaten, Schaffung einer ersten Kammer, Aufhebung des demokratischen Grundcharakters der Verfassung.

Diese verfassungsfeindlichen Verstoffe Bayerns darf der Verfassungsmißler nicht begründen. Seine Pflicht ist, sie zu bekämpfen.

Der Staatspräsident von Württemberg hat Herrn Mussolini als Ideal gefeiert. Der Ministerpräsident Bayerns hatte die Kühnheit, bayerische Kommunalbeamte, die im Geiste der Reichsverfassung für die Entwicklung zum Einheitsstaat eintraten, als gemeine Landesverräter zu beschimpfen. Wir verlangen durch einen Antrag, daß die Reichsregierung die Meinungsfreiheit der Beamten auch in Bayern schütz. Jede Verwaltungsreform wird in Außerachtlichkeit stehen bleiben, solange wir achtlos die Zentralverwaltungen in Deutschland haben. Der Zentrumstribun hat im Haushaltsauschuß mein türmisches Tempo gefügt. Ich halte es mit Goethe:

„Die Zeit zum Handeln jedesmal verpöffen,

Rennt ihr: die Dinge sich entwickeln lassen,

Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an,

Daß man zur rechten Stunde nicht getan?“

Welch eine Reichsgliederung! Dem Lande Preußen mit 38 Millionen Einwohnern stehen die Dorfstaaten Waldeck mit 57 000 und Schaumburg-Lippe mit 11 000 Einwohnern gegenüber. Die Rheinprovinz mit 7½ Millionen Einwohnern ist vollreicher als 12 deutsche Länder mit Parlamenten und Ministern zusammen. (Hört, hört!) Nämlich: Waldeck, beide Lippe, Lübeck, Bremen, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg, Hessen und Thüringen. In Berlin residieren nach dem letzten Gotha 28 Diplomaten deutscher Länder. In München unterhält sowohl Preußen wie das Reich eine Gesandtschaft. Bayern hat Gesandtschaften in Berlin und Stuttgart und beim päpstlichen Stuhle. Auch Sachsen und Württemberg unterhalten noch Gesandtschaften in Berlin und München.

Welch eine Verwirrung! Das Reich kommt mit 493 Abgeordneten aus, die Länder brauchen 2069 Abgeordnete. Das Reich hat 11 Minister, die Länder haben 63. Der Reichstag kostet 6,8 Millionen Mark, die Länderparlamente ausschließlich der Provinziallandtage 10,5 Millionen. (Hört, hört!)

In Deutschland sind seit dem Umsturz rund 100 Regierungen verdrängt worden davon 14 Reichsregierungen. Das alles ruht doch nach einer Rationalisierung der Gesetzgebung der Verwaltung. Es ist ein Spott auf das politische Genie Bismarcks, wenn man ihn immer als Kronzeugen für diese Art „Föderalismus“ anführt. Er würde heute ganz anders handeln, nachdem der Widerstand der Dynastien gebrochen ist. Wirtschaftspolitisch, verfassungspolitisch, kulturpolitisch, finanzpolitisch, verkehrspolitisch, außenpolitisch bedürfen wir der Einheit des Reiches. Es ist antinational zu verlangen, daß die deutsche Landkarte so bleiben soll, wie sie von Napoleon aus Gründen französischer Politik gezeichnet ist und wie sie durch verhängnisvolle deutsche Bürgerkriege geschaffen wurde. Wir danken der großen Volksbewegung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, daß sie den republikanischen Gedanken zum großdeutschen Gedanken ausgeweitet und auch in die Herzen der deutschen Arbeiter gebracht hat. Eine deutschnational-interpellation behauptet, das Reichsbanner treibe Vorbereitungen zu Schlächtereien gegen die Reichswehr. Ich verjage es mir, auf diesen lächerlichen Unsinn auch nur ein Wort zu verschwenden. Ausgabe des Reichsbanners ist nicht der Kampf gegen Organe des Verfassungsoaktes.

Das Reichsbanner betreibt die Wehrhaftmachung der deutschen Republikaner gegen die inneren und äußeren Feinde der deutschen Republik.

Nachdem die letzte große Partei des Reichstages sich zur Republik bekennt, sollte man nicht mehr soviel von dem Schutze der Staatsform reden. Nicht die Staatsform, der Staatsinhalt ist das entscheidende. Erobern wir unsere Republik für soziale Gedanken und soziale Arbeit. Schon Karl Marx hat als Lehrer der Revolution von 1848 verkündet, daß eine Demokratie sich nicht auf die Staatsformen beschränken dürfe. Damit begnügen sich die Volksmassen nicht, und sie tun recht daran. Die Republik darf nicht ein Klassenstaat bleiben. Unsere Volksgenossen fordern nicht ein republikanisches Klassenregiment, sondern einen demokratischen und sozialen Regimentsstaat. Und so gilt unsere Arbeit, und wir auf den Regierungsbänken sitzen oder in der Opposition kämpfen, immer dem einen Ziel: Ein Deutschland,

## Feiertägliche Musik.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Die Musik ist in Rußland zu einem großen und entscheidenden Faktor der Volkserziehung geworden. Wir können viel daraus lernen. Als Engländer verjagt man dort unter dem Gefühl jener Verantwortlichkeit, die dem Volk das beste an musikalischen Werken vermittelt will, einerte, ob es zum politischen System paßt, oder nicht. Was kulturelle Bedeutung hat, was wesentlich mit Volkstum verbunden ist, das findet in Rußland und Sibirien die warmste Förderung. In diesem Sinn arbeitet erzieherisch auch das Moskauer Staatskonservatorium, das in diesen Tagen sein 60jähriges Bestehen feiert. An der Spitze des Jubiläumsausschusses steht der Volkskommissar Lunatscharski. Auch wir wollen nicht verfehlen, über die Grenzen hinweg dem mühselig gezielten Institut, das so viel zur Bereicherung des Gesmacks und noch mehr für die Stärkung des künstlerischen Bewusstseins im Volk getan hat, unsere Glückwünsche zu senden. Ich glaube nicht, daß in Rußland die Arbeiterchöre in Kirchen singen, glaube aber auch nicht, daß sich ein prinzipieller Streit darüber erheben könnte, ob große musikalische Werke, die tiefgründig oder nach ihrer Zweckbestimmung mit der Kirche zu tun haben, einfach aus dem Schatz der Musikwerke ausstrahlt werden. Die Musik, auch wenn sie in einer Weise zu uns spricht, hat so viel Macht aus ihrem eigenen Charakter heraus, daß sie die rein liturgischen Empfindungen gar nicht aufkommen läßt. So ist es auch nur richtig, daß man sich in seinen Kantaten dem Volk vorführt. Im musikalischen Ausdruck geht der Sinn für den Text oft ganz verloren. Auch den deutschen Arbeiter-Sänger-Chören darf es nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn sie allmählich von Tenors- und Volksgeängen weg zur Pflege älterer, vorklassischer Werke übergehen, die ab und zu einmal kirchlich gedacht waren. Sie zu umgeben, hieße verlernen, daß ein paar Jahrhunderte überhaupt nur von der Kirchenmusik künstlerisch genährt wurden. Gewiß soll es nicht zu einer Gewohnheit führen, aber ein Messias, ein Chorals oder ähnliches stört die feierliche Stimmung auch in einem Arbeiterkonzert nicht. Dies alles sei gesagt im Anschluß an ein Konzert des Männergesangsvereins „Kamenos“. Er musizierte unter der strengen und geschmackvollen Leitung des jungen Chorleiters Schumann sehr ausdrucksvoll. Geistliche und weltliche Lieder standen auf dem Programm. Besonders feierlich klangen die einander recht ähnlichen Besten-Besänge „Gott in der Natur“ und „Opferlied“. Der Organist Friede und andere Instrumentalisten unterstützen das Programm durch stilvolle Beiträge. Eine sehr schöne, wenn auch wohl kaum gewollte Besondere-Ehrung war die Aufführung des Requiem von Verdi durch Mittel. Verdi hat in dieser Totenmesse, die er einst für seinen Freund Alessandro Manzoni komponiert hat, nicht ganz und nicht überall den Albo-Komponisten, den Kenner und Dolmetsch des musikalischen Effekts vergessen lassen. Im Recordare-Duett der zwei Soprane ist die theatralische Komik, und in dem süßen Largo des Lacrimosa bestärken die Wiederholungen des langlichen Themas, das zusammenstreifen zweier und mehr Stimmen, das Hineinwerfen lantopierter schlauerer Töne und Vorschläge nur das gefährlich Eingängige der Musik. Überhaupt dieser Partien aber, denen wir ein charaktervoller Ausdruck des Sängers jede Theatralik nehmen

kann, ist der gefangliche Effekt geadelt in weißlicher Legitimität, geläutert in liturgischem Ernst, beschwingt durch italienisches Temperament und leinen Endes von einer unehörten, ergreifenden Wirkung durch die Klarheit und das transparente Leuchten des vokalen Satzes. Das ist der Vortrag eines Meisters, der weder Klasse noch künstlerische Herkunft verleugnet und dennoch unter dem erschlauernden Erlebnis des Schmerzes als künstlerisch Reifer sich religiöser Macht unterwirft. Tiefste Empfindung strahlt diese echte Verdi-Partitur aus. Ohne Zweifel einen sich, ergänzen und verbinden sich begleitendes und selbständiges Orchester, Violoncelle und türkischer Einsatz, dramatisch vorwärts reichende Vision und feierlich gedämpfte Reflexion. Der große Effekt, einst bei Verdi das Ziel seines Schaffens, ist hier zum Ritter geworden zwischen wechselvollem Einsatz eines Genies und einheitlichem Welterleben eines Zuhörers.

Dieses Werk klingt uns jedesmal wie ganz neu. Im „Elias“ von Mendelssohn, den Georg Schumann mit seinem höchst ausdrucksvollen Chor zu Gehör brachte, sind Längen und Gleichmäßigkeiten der Partitur, die einen langsam verallteten Eindruck machen. Striche täten gut. Die Kostlichkeit einiger Sopran- und Bariton aber ist unerschütterlich geblieben. Das Gefühl eines liebetartigen Geblüdes wie „Es ist genug“ trägt so stark, daß man überhaupt nur eine Vorstellung von der Schönheit des Stückes hat, niemals aber die Empfindung, daß die Darstellung an die Grenze der Vollendung gekommen wäre. Immerhin dürfen Albert Fischer und Emma von Stetten, sowie vor allem Frau Keuscher-Thoenissen mit ihrem selbstlichen, sinnlich gefärbten Sopran als berufene Vertreter ihrer Partien angesprochen werden. Auch die kleineren Partien sind sorgfältig besetzt, und in ihrer Art „Sei still dem Herrn“ konnte Paula Berner-Jensen Geschnack und musikalische Kultur verraten.

Die Auslese der solistischen Abende war, von dem Meisterreiger Huberman und dem längst akkreditierten, seinen Ruf immer wieder bewährenden Bruno Eisner abgesehen, nicht groß. Der Zufall beschied uns Begegnungen mit fast lauter Mittelmaßigkeiten. Fritz Deitmann scheint auf einer absteigenden Linie zu sein. Was er da an Bearbeitungen alter Italiener vorführt, war weder im Stil noch in der etwas nondolanten Art der Vorführung preisenswert. Gertrud Bamberger ist ein junges, temperamentvolles, auch behagtes Geschöpf, das mit einer Ruhe sonderbaren Fehler macht. Ihr Gesangsstil ist monoton und unerlebt, die Technik und Geistesfreiheit noch unabhelfen. Theresia Diehn-Clott'o verdient lobend genannt zu werden, weil sie eine starke Empfindung mit einer Modulationsfähigkeit des Klavierorgans verbindet. In Begleitung des Geigers Alexander Reischnikoff tritt sie unter sehr weiser Abgrenzung des Wesentlichen zum Unwesentlichen deutlich als stärkere Kraft hervor. Weiskopf selbst ist in den langen Jahren seiner Abwesenheit von Berlin als Künstler nicht gewachsen. Sein Ton hat Risse bekommen und seine Technik zeigt nicht mehr von der alten fulminanten Sicherheit. Aber vielleicht ist das ein Übergang zur absoluten Reife, die wir in Erinnerung an den großen Künstler gern noch erleben möchten.

In der Nationalgalerie wird Dr. S. D. van, Decernent für Kunst im Volkspräsidium, am 30. norm. 1/10 Uhr über die dortigen Meisterwerke der modernen Malerei Vortrag halten.

## Siebenbürgische Volkskunstausstellung.

Im Saale des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht wurde die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht und dem Deutschen Kulturamt in Rumänien veranstaltete Siebenbürgische Volkskunstausstellung durch den Kultusminister Becker eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache führte der Minister u. a. aus, das Zentralinstitut sei durch seine Auslandsabteilung mit Siebenbürgen durch eine Studienreise im Sommer des verflochtenen Jahres in enge Arbeitsbeziehung getreten. Der Leiter der Studienreise sei dabei auf die reiche Volkskultur Siebenbürgens aufmerksam geworden und habe den Plan gefaßt, seine Erkenntnisse weiteren Kreisen fruchtbar zu machen. Vor allem habe das Zentralinstitut an die Jugend der Berliner Schulen gedacht. Ihnen sollte zu klarer Vorstellung gebracht werden, wie in einem Lande noch der innige Zusammenhang zwischen Kunstschöpfung und natürlichem Gestaltungstrieb des naiven Volksgemüts vorhanden ist, wie das Kunstwerk so organisch in das Volksleben hineingestellt und mit allen Ausprägungen des Alltagslebens innig verwachsen ist. Die Ausstellung gebe als Ergänzung auch einige Proben des siebenbürgischen zeitgenössischen Kunstschaffens auf dem Gebiete der Literatur, der Malerei und der Musik. Möge die Ausstellung als ein Symbol für den Willen der beteiligten Völker erscheinen, sich mittels der Kunst über die Landesgrenzen ergänzend zu verbinden.

Hierauf nahm Dr. Fleus als Vertreter des rumänischen Kulturvereins Agra das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte, es sei ein schöner und edler Gedanke, wenigstens einen kleinen Teil jener Erzeugnisse von Volkskunst und Gewerbebetätigung, die dem transilvanischen Volke, den Deutschen, Ungarn und Rumänen, eigen sind, in einer übersichtlichen Sammlung zu vereinigen und in der deutschen Reichshauptstadt auszustellen. — Sodann hielt Professor Dr. Clafsi, der Leiter des Deutschen Kulturamtes in Rumänien, den Festvortrag. Siebenbürgen sei von jeher ein Land gewesen, in dem verschiedene Völker in unmittelbarer Nachbarschaft miteinander lebten. Die siebenbürgische Volkskultur und damit ihr sinnvoller Ausdruck, die Volkskunst, sei ein Ergebnis des Hineingestaltens in die geschichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. — In Vertretung des verhinderten Dr. Stresemann sprach darauf Gesandter Freitag, der auf die reichen Schätze Siebenbürgens hinwies, das durch die Arbeit der Menschen wohlhabend geworden sei, die dort seit Jahrhunderten gesiedelt und ihr Erbe treu bewahrt und weiterentwickelt hätten. Die Ausstellung möge völkerverbindend und völkerverstehend wirken.

An die Ansprachen schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, die Stickereien, Webereien, Holzmalereien, Keramik, Goldschmiedearbeiten und andere Schöpfungen der verschiedenen siebenbürgischen Stämme zeigt.

Jakob Schöffler sprach auf dem Borsel-Abend des Verbandes deutscher Erzähler am 20. abends 8 Uhr, im Reichstage, einführungs Worte. — Franz Werfel ließ aus der Novelle „Der Tod des Kleinbürgers“.

Bereitstellung für Kunstpflege. Am 23. 6 Uhr, findet in der Aula des Instituts in Charlottenburg, Scharenstr. 25, ein Lichtbildvortrag des Malers Friedrich Feuerbach. Eine Wanderung von Partien werden über den Ortler nach dem Gardasee und Benedig“ hat. Dazu eine Schachklubgruppe des Deutschen Reichsvereins. Gäste willkommen.

das beherrscht und befehlt wird von der sozialen Demokratie. (Stürmisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mumm (Dn.) erklärt, daß seine Partei sich stets gegen Vergewaltigung der Beamten und ihrer verfassungsmäßigen Rechte und ihrer politischen Freiheit wenden werde. Das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz werde seine reinigende Wirksamkeit bald zeigen. Das Dringendste, was noch zu schaffen sei, sei das Reichsschulgesetz. Den christlichen Millionen, die es seit sechs Jahren unausgesetzt fordern, wäre es unerträglich, wenn der Reichstag bis November in die Ferien gehen sollte, ohne das Schulgesetz in Angriff genommen zu haben.

Vizepräsident Dr. Kleber teilt dem Hause mit, daß Präsident Löbe wieder in sein Heim zurückgekehrt ist, er fühlte hierzu: Wir teilen mit der Familie die Freude über seine fortschreitende Genesung.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) spricht seine Freude darüber aus, daß sich wieder die Ueberzeugung durchsetze, wonach die Kräfte des Staates nicht nur auf den politischen Faktoren, sondern auch auf dem Volkstum beruhen. Man solle die Kritik an der Staatsform nicht dauernd fortsetzen, viel mehr müsse die Republik jetzt mit aller Kraft bejaht werden. Eine Staatsform auf Kündigung müsse abgelehnt werden.

Vom Ministerium des Innern ist zu verlangen, daß ihm der republikanische Gedanke kein bloßes Firmenschild ist. Auch von den Beamten muß die Republik rückhaltlos anerkannt werden.

Den Zentralkommissionen, wie er in Frankreich verwirklicht sei, lehnt das Zentrum für Deutschland ab. Den Ländern müssen wesentliche Kulturkompetenzen zugebilligt werden, das Reich hat führend voranzugehen. Eine Ehrenpflicht des Reiches ist es, das Reichsschulgesetz und das Lehrerbildungsgesetz zu schaffen. Vor einer Ueberwindung des staatlichen Schulmonopols ist zu warnen. Großer Wert muß auf eine Regelung des Privatschulwesens gelegt werden, die dem Reichsschulgesetz gefolgt werden. Ein Konkordat hat noch niemals in Deutschland die Selbstständigkeit gefährdet. Wir erkennen den Laik an, mit dem Abgeordneter Sölkmann diese Frage behandelt hat.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.): Die Aeußerung des Ministers von der Souveränität der Länder reizt zum Widerspruch; wir leben in der Zeit der Souveränität des Volkes.

Wir haben uns die Verfassung von Weimar als Rechtsnorm geschaffen und schützen den Staat in seiner heutigen Form in seinem Bestande. Er muß auch in seinen äußeren Erscheinungsformen respektiert werden.

Aber das ändert nichts an unseren persönlichen Anschauungen über die Notwendigkeit von Verbesserungen dieser Verfassung und an der Forderung, unsere Vergangenheit zu ehren. Unerhört ist es, daß beim Finanzausgleich z. B. Lippe-Deimold 1,4 Millionen bekommen soll, nur damit das Bündchen weiterbestehen kann. Vor den jetzigen Zuständen darf die Verwaltungsreform nicht haltmachen. Wenn es im Zeitalter der Postkutsche möglich gewesen ist, 350 Staaten zusammenzufassen, wenn es im Zeitalter der Elektrizität gelungen ist, die skandinavische Kleinstaaterei zu beseitigen, so kann man erwarten, daß jetzt endlich die deutschen Staatswesen auf einen einheitlichen Renner gebracht werden.

Gegen 8 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 1 Uhr.

### Der Etat des Ernährungsministeriums.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Haushalts des Ernährungsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft werden von mehreren Rednern Interpellationen bearbeitet, und zwar zur Kennzeichnung ausländischer Eier im deutschen Handel, zur Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung besonders bei den bäuerlichen und Kleinbetrieben, für Förderung des Weinbaues und für Verbesserung des Viehtransportwesens.

### Reichsernährungsminister Schiele

teilt hierauf in bezug auf den von der Sozialdemokratie eingebrachten Gesetzentwurf zur vorübergehenden Suspension der Getreidezölle mit, daß nach der Borratsstatistik des Deutschen Landwirtschaftsrats am 15. Dezember 1926 noch 22 Proz. der Gesamtmenge an Roggen zum Verkauf zur Verfügung gestanden hätte. Gehe man davon aus, daß in diesem Jahre von der gesamten Roggenmenge etwa 40 Proz., höchstens 45 Proz. zum Verkauf kommen werden, so würden diese 22 Proz. der Gesamtmenge etwa 50 Proz. der Gesamtverkaufsmenge ausmachen. Das entspricht fast genau den Vorkriegszahlen. Der Schluß sei nicht gerechtfertigt, daß die Roggenversorgung Deutschlands für den Rest des Wirtschaftsjahres nicht mehr sichergestellt sei, oder daß man gar in kurzer Zeit eine Roggennot erwarten müsse. Nach einer sorgfältigen Untersuchung über den Weizenverbrauch seien im Jahre 1926 trotz der reichlichen Ernte des vorhergehenden Jahres 11 Kilogramm Roggen weniger je Kopf verzehrt worden, als jetzt zur Verfügung stehen. Man könne also mindestens annehmen, daß wir noch mit einem bestehenden Vorrat in die neue Versorgungsperiode eintreten würden. Die Roggenpreise im laufenden Jahre waren zwar ungleich höher als die des Vorjahres, sie seien aber im Durchschnitt nicht höher als die des Wirtschaftsjahres 1924/25. Die Steigerung des Brotpreises für Roggen- und Weizengebäck betrage durchschnittlich 7 Pfennig je Kilogramm und ergebe eine Mehrbelastung auf den Kopf der Bevölkerung von 8,40 M. im Jahre.

Abg. Obendiek (Komm.) schildert die schlechten Verhältnisse der Landarbeiter auf pommerischen Rittergütern.

### Abg. Schmidt-Röpenck (Soz.)

weist die Behauptung des Ministers, daß er nur einen Versuch gemacht habe, die Not der Landwirtschaft zu beseitigen, zurück. Er habe sich bei seinen gestrigen Darlegungen des Materials bedient, das aus den dem Minister nachstehenden Kreisen kamme. Bei seinen Ausführungen über den Zuckerkoll hat sich der Minister in Widerspruch mit dem Gesetz, was der Reichswirtschaftsminister hier gesagt hat. Es wäre doch endlich notwendig, daß in der Regierung Einstimmigkeit über ihre Absichten hergestellt wird, und daß der Reichskanzler die Richtung der Politik des Kabinetts bestimmt. Im Ausschuss ist verprochen worden, daß man sich bemühen werde, eine Einwirkung auf die Roggenpreise zu gewinnen. Dieses Versprechen ist aber, wie so viele andere, die in den Ausschüssen abgegeben werden, nicht erfüllt worden.

### Die Abstimmungen zum Landwirtschaftsgesetz.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Es beginnen die Abstimmungen. Eine Reihe von Titeln werden zurückgestellt. Der Rest des Haushalts wird angenommen. Der Betrag zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird auf Antrag des Ausschusses von 1,95 Millionen auf 2,5 Millionen, die Beihilfen zur bäuerlichen Wirtschaftsberatung von 1,9 Millionen auf 2 Millionen, der Fonds zur Schädlingsbekämpfung von 600 000 auf 800 000 Mark erhöht.

Der sozialdemokratische Antrag auf vorübergehende Suspension der Roggenzölle wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Reichskabinett lehnte am Donnerstag den von den Sparerverbänden gestellten Antrag auf Anrufung des Volkenschieds in der Aufwertungsfrage ab. Das gleiche Schicksal hatten die Aufwertungsanträge der Bayerischen Volkspartei. Die Wahlprüfung erfolgte auf Vorschlag des deutschnationalen Innenministers.

# Saarländer und Genfer Kompromiß.

## Zentrumsprotest. — Rechtsparteilicher Glückwunsch.

Daß das Genfer Kompromiß die Saarbevölkerung enttäuscht hat, ist verständlich. In der Personfrage ist kein Wechsel erreicht worden und in der Bahnstufungsfrage ist der Rechtsstandpunkt verlassen worden. Die Sozialdemokratische Partei an der Saar hat bereits als erste zu den Ergebnissen der Genfer Tagung Stellung genommen und dabei mit Recht die Tatsache in den Vordergrund gehoben, daß die ungünstige Regelung der Saarfrage nur im Rahmen der allgemeinen Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen zu erklären ist, die durch den deutschen Rechts- umschwung eingetreten ist.

Am schärfsten hat die Zentrumspartei des Saargebietes nach einem Referat ihres Delegierten Lebacher das Genfer Ergebnis kritisiert. Seine Ausführungen richteten sich besonders scharf gegen die Nachgiebigkeit Stresemanns, der eine klare Rechtslage aus Gründen, die nicht überzeugend klingen, preisgegeben habe.

Auf diese Zentrumskritik antwortet die „Tägliche Rundschau“, in diesem Falle zweifellos als unmittelbares Sprachrohr des Außenministers mit einem derben Hinweis auf die Haltung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Cohnmann, der selbst der Zentrumspartei angehört und der durch seine eigene Haltung eine energiereichere Verteidigung des deutschen Rechtsstandpunktes von vornherein unmöglich gemacht habe.

In auffallendem Gegensatz zur Haltung des Saargebietes hat eine Versammlung der saarländischen Volkspartei, d. h. der Vereinigten Rechtsparteien, nach einem Referat des Delegierten Schmelzer, in dem zwar das Ergebnis für unbefriedigend erklärt und doch die Notwendigkeit eines Kompromisses „aus höheren Gründen“ anerkannt wurde, ein Glückwunschtelegramm an Stresemann gerichtet. Darin wird dem Reichsaußenminister „für die nachdrückliche Vertretung der saarländischen Interessen vor dem Völkerbundsrat der herzlichste Dank“ ausgesprochen. Es wird ferner das gewürdigt, was im Rahmen des Möglichen erreicht worden ist.

Diese Dissonanz zwischen Zentrum und saarländischer Volkspartei in der Bewertung der Genfer Lösung ist aus zweierlei Gründen auffällig: einmal, weil beide Parteien eine gemeinsame Delegation bildeten, ferner aber auch, weil Schmelzer und vor allem Köhling diejenigen Mitglieder der bürgerlichen Delegation waren, die gegenüber der deutschen Delegation am meisten

scharf gemacht haben. Es scheint, daß die beiden Rechtsparteier ihre Zentrumskollegen zunächst im Sinne der Unnachgiebigkeit mild gemacht haben, um sich nachträglich mit Eleganz aus der Affäre zu ziehen. Was zwischen diesen beiden bürgerlichen Saarparteien eigentlich gespielt wird, ist nicht klar zu erkennen, uns genügt die Feststellung ihrer absoluten Verwirrung.

### Meinungsverschiedenheiten auch in Ostoberschlesien.

Breslau, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Beurteilung des Schulfragenkompromisses für Oberschlesien ist in den Kreisen des ostoberschlesischen Deutschtums nicht einheitlich. Während der „Deutsche Volksbund für Oberschlesien“ (gez. Ullig) Stresemann seinen Dank ausgesprochen hat, erklären mehrere deutsche Zeitungen verschiedener Richtungen, doch zwar gegenüber dem gegenwärtigen tatsächlichen Zustand in Genf eine gewisse Verbesserung erreicht worden sei, aber der deutsche Rechtsstandpunkt doch nicht gewahrt werden konnte. Nicht einmal die Rechtsansicht, die in dem Gutachten Calenders ausgesprochen wurde, sei zur Geltung gekommen. Polnische Pressestimmen nehmen die oberschlesische Regelung von Genf einen polnischen Erfolg zu 90 Proz.

### Wird Abgeordneter Ullig ausgeliefert?

Kattowitz, 17. März. (WZ.) Die Geschäftsordnungskommission des schlesischen Sejm hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Antrag des Staatsanwalts auf Auslieferung des Abgeordneten Ullig, des Geschäftsführers des Deutschen Volksbundes, stattzugeben. Ob sich eine Mehrheit im Plenum für die Auslieferung finden wird, kann erst die nächste Plenarsitzung ergeben, die voraussichtlich Ende März stattfinden wird.

Abg. Ullig hat erst kürzlich in Genf als berufener Vertreter der deutschen Minderheit mit den zuständigen Völkerbundsbehörden verhandelt und sich durch seine Objektivität allgemeine Wertschätzung in allen neutralen Kreisen gesichert. Seine Verfolgung würde dem polnischen Ansehen in Völkerbundskreisen schweren Schaden zufügen.

## Wie war es?

### Das Genfer Ergebnis im Kabinettsrat. — Ein Dementi bei Hugenberg.

Man liest im Hugenberg'schen „Nacht-Lag“ das folgende Dementi:

„Ueber den Kabinettsrat, der vorgestern abend stattfand, sind verschiedene unrichtige Nachrichten verbreitet worden. Inzwischen wird offiziell noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß eine im „Berliner Tageblatt“ enthaltene Mitteilung, wonach der Reichskanzler bei Schluss der Sitzung festgestellt haben sollte, daß das Reichskabinett einstimmig und einmütig die Haltung der deutschen Delegation gebilligt und von dem vorliegenden Ergebnis mit Befriedigung Kenntnis genommen habe, eine reine Erfindung ist. Der Reichskanzler hat eine derartige Feststellung nicht gemacht und auf Grund des Verlaufes der Verhandlungen des Kabinetts auch nicht machen können.“

Die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Kabinettsitzung, die sich mit der Genfer Tagung beschäftigte, lautete:

„In dem heutigen, unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundsrates in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsauffassung geteilt wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Deutschland berührenden Fragen vertreten hatte, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu.“

Also: das Kabinett hat dem Ergebnis einmütig zugestimmt. Es hat die Haltung der deutschen Delegation gebilligt. Was wird dementiert? Nur die Befriedigung? Oder soll das „offizielle Dementi“ bei Hugenberg den Eindruck erwecken, daß sich die deutschnationalen Minister ausgeschlossen hätten?

Es wird sehr leicht sein, heute im Auswärtigen Ausschuss authentisch festzustellen, wie es in der Kabinettsitzung war.

## Hilflosigkeit.

### Der Bürgerblock sozialpolitisch aktionsunfähig.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

In einem Zeitpunkt, in dem eine Reihe großer sozialer Fragen brennend geworden ist, zeigt sich täglich immer deutlicher die vollkommene Hilflosigkeit des Bürgerblocks. Der Kuhhandel über das Arbeitszeitgesetz findet kein Ende, die dringliche Vorlage zur Invalidenversicherung wird täglich weiter verschleppt. Der innere Wirrwarr dieser Reichsregierung zeigt sich aber am allerdeutlichsten bei den Verhandlungen des Sozialen Reichstagsausschusses über die Arbeitslosenversicherung.

Der Gesetzentwurf ist, abgesehen von allerlei Fingerringen, auch rein versicherungstechnisch vollkommen unzulänglich vorbereitet, so daß es fast immer wieder den Sozialdemokraten im Ausschuss vorbehalten bleibt, durch entsprechende Verbesserungsanträge diese Mängel auszugleichen. In diesen Ausschussverhandlungen werden die Unternehmerwünsche restlos durch die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei wahrgenommen, wobei meist Arbeitnehmervertreter, wie der Abg. Thiel, das Wort nehmen.

Bei dem Zentrum ist erkennbar, daß es unter dem Druck der Christlichen Gewerkschaften Verbesserungsanträge zu stellen gezwungen ist. In diesem Ringen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei verhalten sich die deutschnationalen vollkommen passiv, und es fällt auf, daß in der letzten Zeit bei der Beratung der Arbeitslosenversicherung die deutschnationalen gänzlich teilnahmslos bleiben. Die Vertreter der Fraktion wechseln fast in jeder Sitzung, zeitweise sind überhaupt nur ein oder zwei Abgeordnete von deutschnationaler Seite anwesend, und sie nehmen zu den wichtigsten Streitfragen überhaupt nicht das Wort. Die deutschnationalen Fraktion im Sozialen Ausschuss beschränkt sich zurzeit darauf,

bei den Abstimmungen die nötige Zahl von Mitgliedern herbeizurufen, um dann jeweils, ohne vorher an der Debatte beteiligt gewesen zu sein, für den reaktionären Antrag zu stimmen.

Das Bild im Sozialen Ausschuss entspricht sicherlich der ganzen Struktur der heutigen Regierung überhaupt, und die nächste Zeit dürfte bekräftigen, daß der Besitzbürgerblock auf sozialpolitischem Gebiete vollkommen aktionsunfähig ist.

## Amerikas Doppelspiel.

### Gegen internationale Kontrolle der Rüstungsindustrie.

Genf, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Sachverständigenbericht über die Vergleiche der Milliardenbudgets und die Auffassung eines allgemeinen Budgets ist dem Ausschuss B der Vorbereitenden Abrüstungskommission ebenfalls ohne Diskussion dieser Überweisung worden.

Von besonderem Interesse für die nächste Woche beginnenden Abrüstungsberatungen ist eine am Donnerstag veröffentlichte Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten auf die Anträge des sogenannten Gemischten Ausschusses (mit Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes) über die wirtschaftlichen Rückwirkungen einiger Abrüstungsmaßnahmen. Darin wird sowohl jede Kontrolle der Rüstungsindustrien wie auch die Bindung derselben durch gegenseitige Abkommen abgelehnt und insbesondere auch jede kontrollmäßige zur Sicherung eines eventuellen internationalen Verbots der chemischen Kriegsmittel, das gerade von amerikanischer Seite auf der Konferenz für die Kontrolle des Waffenhandels nachdrücklich gefordert worden war, als praktisch undurchführbar bezeichnet. Man findet, daß diese Auffassung in starkem Gegensatz zu der grundlegenden Forderung der amerikanischen Regierung steht, nach welcher der gute internationale Glaube und die Achtung vor den Verträgen die sicherste Grundlage eines Abrüstungsabkommens bilden müßte.

### Neue amerikanische Konferenzeinladung an Frankreich.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Auswärtige Amt veröffentlicht am Donnerstag die amerikanische Note, in der Frankreich eingeladen wird, sich in irgendeiner Form an der Abrüstungskonferenz des Präsidenten Coolidge zu beteiligen. Die Note wiederholt die bekannten Argumente, nach welchen die von Amerika beabsichtigte Konferenz in keiner Weise das Prestige des Völkerbundes und der von diesem beabsichtigten Abrüstungskonferenz beeinträchtigen soll und behauptet weiter, daß die amerikanische Initiative dem Völkerbund große Dienste inforn leisten werde, als sie die Erfassung des schwierigen Problems der Abrüstung beschleunigen würde. „Wie die französische Regierung bereits weiß“, schließt das Dokument, „hat die amerikanische Regierung keinerlei Vorurteil in bezug auf eine Formel, die zur Begrenzung der französischen Lonnage zu finden wäre. Sie wünscht, keineswegs die bereits durch Verträge gelösten Fragen wiederanzufrollen, möchte aber betonen, daß alle anderen mit der Abrüstung zusammenhängenden Fragen offenstehen und in der beabsichtigten Besprechung jede Nacht die Möglichkeit haben wird, die Stellung einzunehmen, die sie als Verhandlungsbasis am besten mit ihren Interessen in Einklang bringen kann.“

## Die Richtlinien-Republikaner.

Die preussische Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat für den 22. März ihre Mitglieder zu einem Abendessen in der Wandelhalle des Preussischen Landtages eingeladen, „zum Gedenden des 130. Geburtstages des alten Kaisers.“ Guten Appetit, meine Herren deutschnationalen Republikaner!

Die sozialdemokratisch verwaltete Stadt Wien hat ihre neuesten Wohnbauten nach Pestalozzi und Bebel benannt.

In Moskau, und zwar in Pskowo wurden 80 Anhänger umtürkischer Parteien verhaftet, die „unter dem Deckmantel einer Konjungenoffenschaft“ Versammlungen abhielten.

# Lohn und Leistung in den städtischen Betrieben.

Senkung der Belegschaft und des Reallohns, Steigerung der Leistung.

Die Berliner Gemeindearbeiter, sowohl die der Kammereibetriebe, der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke als auch der Charlottenburger Wasserwerke und der Gasbetriebsgesellschaft haben zum 31. März ihre Lohnsätze gekündigt und eine generelle Erhöhung ihrer Stundenlöhne um zehn Pfennig gefordert. In einer unverbindlichen Aussprache ist von den Vertretern des Magistrats erklärt worden, daß sie die Notwendigkeit einer Lohnherabsetzung für die städtischen Arbeiter einsehen. Jedoch muß sich zunächst noch der Stadterordnungs-Ausschuß und die Stadterordnetenversammlung damit beschäftigen. Es erscheint daher angebracht, einmal die Löhne der städtischen Arbeiter mit ihren Vorkriegslöhnen zu vergleichen und auch die wirtschaftliche Lage der städtischen Betriebe und ihre Entwicklung in den letzten Jahren einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Eine Gegenüberstellung der Verdienste der Kammereiarbeiter in der Vorkriegszeit mit den jetzigen Verdiensten zeigt, daß nicht nur

der Reallohn bedeutend niedriger

ist als der Lohn von 1914, sondern daß auch die nominalen Nettoverdienste fast die gleichen sind wie die in der Vorkriegszeit. So verdiente z. B. ein ungelerner Kammereiarbeiter mit Frau und einem Kind 1914 wöchentlich 26,70 M. bis 33,95 M., ein angelernter Arbeiter 30,45 bis 37,45 M. und ein Handwerker 30,24 bis 43,20 M. Diefelben Arbeiter haben jetzt, da die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung heute bedeutend höher sind als vor dem Kriege, ein nominales Nettoeinkommen im Vergleich zu 1914:

	1914	1927	Reallohn gegenüber 1914 = 100%
Ungelernte Arbeiter	27,87—32,82	26,76—33,00	65 1/2 — 78 %
Angelernte	29,12—35,70	29,00—33,50	70 — 69 1/2 %
Handwerker	28,91—41,54	33,90—41,78	83 1/2 — 70 %

Der amtliche Lebenshaltungssindex stand im Februar auf 145,4. Hierzu kommt die Erhöhung der Verteilungssätze ab 15. März und die Erhöhung der Mietzinsen um 10 Proz. ab 1. April. Dabei ist ganz davon abgesehen, daß die amtliche Indexzahl der wirklichen Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht Rechnung trägt.

Leider die glänzende Entwicklung der städtischen Betriebe äußerte sich der frühere Berliner Kammerer Dr. Karding im Februarheft des „Magazin für Arbeiterrecht“ u. a. wie folgt:

Seit der Bildung der Einheitsgemeinde konnten sieben selbständige Gaswerke, sechs selbständige Elektrizitätswerke (von 11), sieben ebensolche Wasserwerke stillgelegt werden, weil die übrigen moderner angelegt oder moderner ausgebauten Werke ihre Arbeit mit zu übernehmen vermochten. Der Umfang dieser Verbesserung ergibt sich aus einem Vergleich der Zahl der beschäftigten Personen und der Jahresleistung der Werke.

	1922:	1925:
Gaswerke:		
Personalstärke	12 600	7 500
Gas erzeugung cbm	409 000 000	427 000 000
Wasserwerke:		
Personalstärke	1 500	1 350
Wasserförderung cbm	119 000 000	137 000 000
Elektrizitätswerke:		
Personalstärke	3 500	4 800
Stromerzeugung aus eigen. Werken		
Kilowattstunden	170 000 000	365 000 000
Stromverkauf im ganzen Kilowattstunden	439 000 000	662 000 000

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Bei den Gaswerken hat die Gas erzeugung um 4 Proz. zugenommen, während das Personal sich um 40 Proz. verringert hat; die Wasserwerke förderten 15 Proz. mehr Wasser mit einem um 10 Proz. geringeren Personal; bei den Elektrizitätswerken hat der Stromverbrauch im ganzen um 54 Proz. zugenommen, die Stromerzeugung aus den eigenen Werken sogar um 115 Proz., während die Personalstärke nur um 37 Proz. gewachsen ist. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß auch die Arbeitszeit für das Personal gegenüber 1922 länger geworden ist; im allgemeinen um die viertelstündige Pause, die 1922 noch in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet wurde; bei den Schlachtbetrieben der Gaswerke (s. d. bei etwa 15 Proz. der Gasarbeiter) um mehr.

Diese Zahlen haben sich im Jahre 1926 weiter zugunsten der städtischen Werke verändert. Für die Kammerei- und Regierarbeiter liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Arbeitern der städtischen Werke. Auch hier ist trotz einer erheblichen Vergrößerung des Arbeitsgebietes gegenüber 1914 keine entsprechende Erhöhung der Arbeiterzahl eingetreten. Die Berliner Kammereiarbeiter stehen im Reichsdurchschnitt mit ihren Löhnen an vierter bzw. fünfter Stelle. München, Nürnberg, Mannheim, Hamburg und Stuttgart.

Bei einer Beurteilung dieses Materials wird kein Mensch behaupten wollen, daß die Forderung der Berliner städtischen Arbeiter zu hoch seien. Die restlose Bewilligung ihrer Forderungen würde nicht viel mehr bedeuten als einen Ausgleich für die Teuerung und der bevorstehenden Inflation, ohne doch damit die außerordentliche Leistungssteigerung abgepaßt wäre. Die städtischen Arbeiter glauben auch, daß die möglichen Körperschaften durch vernünftige Beschlüsse zu der so dringenden notwendigen Hebung der Lebenslage von etwa 30 000 Arbeitern beitragen werden.

## Um die Arbeitszeit im Bäckergewerbe. Die Bäckereiarbeiter lehnen den Schiedspruch ab.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter hatte zu Mittwochabend nach den Germania-Sälen eine Versammlung der Bäcker einberufen, die einen sehr starken Besuch aufwies. Zunächst behandelte Genosse Heßhold den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes unter besonderer Berücksichtigung der Forderung der Bäckermeisterungen, die an die gesetzgebenden Körperschaften den Antrag gestellt haben, in dem neuen Arbeitsschutzgesetz für ihre Betriebe die 60stündige Arbeitswoche festzusetzen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestierte die Versammlung gegen diese unerhörte Forderung der Bäckermeister und sprach die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften dem Verlangen der Bäckermeister nicht nachkommen, sondern vielmehr ein Gesetz schaffen werden, das auch für die Arbeiter in den Bäckereien den Achtstundentag festlegt.

Anschließend daran erwählte der 1. Bevollmächtigte, Genosse Schumann, ein Bild von den Verhandlungen mit den Berliner Bäckermeistern über den Abschluß eines neuen Manteltarifs für die Berliner Bäcker, die sich nun schon ein Jahr hinziehen. Die Bäckermeister hatten jetzt den Schlichtungsausschuß anrufen, der am 16. März einen Schiedspruch fällte, der den letzten Manteltarif, der vorläufig noch weiter gilt, in vielen Positionen verschlechtert. Genosse Schumann ging auf die einzelnen Bestimmungen des Schiedspruches ein, worauf die Versammlung nach kurzer Diskussion in gehetzter Abstimmung fast einstimmig die Ablehnung des Schiedspruches beschloß. Gegen den Vorschlag, nach der zum 3. April nach Leipzig ein-

berufenen Reichskonferenz zwei Delegierte der Amsterdamer Richtung zu entsenden, wandten sich die Kommunisten und stellten zwei Kandidaten ihrer Fakultät auf. Die ebenfalls durch Stimmzettel vorgenommene Wahl ergab mit überwältigender Mehrheit die Annahme des Vorschlages, die Konferenz mit zwei Delegierten der Amsterdamer Richtung zu bescheiden.

## Lohnerhöhung in der Metallindustrie. Im oberen Kreis Solingen.

Köln, 16. März. (W.Z.) In der Lohnfrage in der Metallindustrie des oberen Kreises Solingen ist es zu einer Einigung gekommen. Der Arbeitgeberverband hat nach der Streichung einer Bestimmung des jüngsten Schiedspruches, wonach den in Kündigung stehenden Arbeitern einzelner Firmen eine bescheidene Lohnerhöhung zuzuteil werden soll, keinen Einspruch gegen diesen Schiedspruch zurückgezogen. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 8 bis 12 Proz. auf den Stundenlohn, während die Akkordlöhne um 5 Proz. erhöht werden. In der Arbeitszeitfrage hat jetzt der Schlichter die Entscheidung getroffen.

## Gehaltserhöhung der Frankfurter Angestellten.

Durch eine Vereinbarung zwischen dem Kartell der Arbeitgeberverbände und den Angestelltenorganisationen wurde der Tarifvertrag, der die Arbeitsbedingungen für 25 000 kaufmännische und technische Angestellte in Frankfurt a. M. regelt, bis zum 31. März 1928 verlängert. Die Gehaltsätze werden mit Wirkung ab 1. März 1927 eine Erhöhung um 8 Proz. erfahren.

## Wahlung SPD-Betriebsfunktionäre!

Die Kammereien für 1927 sollen wieder 20 Wf. und sich den Kammereien der Abteilungen bereits angefüllt werden. Wir erlauben uns an die politischen Vertrauensleute, sich die für den Bezirk notwendigen Anzahl Wähler bei dem zuständigen Kassierer der Abteilung abholen und einzig zu präsentieren. Das Betriebssekretariat.

Wahlung, Zimmerer! (Voranzeige.) Verhandlungsarbeiten, unläufige Zentralisierungen geben in dem für diese Wochen festgesetzten „Zimmerer“ bekannt, daß ein außerordentlicher Verbandstag am Sonntag, 20. März, in Berlin stattfinden wird. Der Verbandstag soll über Annahme oder Ablehnung des Vorschlages entscheiden. Damit die zahlreichsten Berlin und Umgebung hierzu noch vorher Stellung nehmen kann, finden folgende Sitzungen und Versammlungen statt: Am Sonntag, 20. März, 7 Uhr, bei Rube, Köpenicker Str. 96, Pankow-Konferenz. Alle Delegierten müssen persönlich sein. — Die Delegiertenversammlungen finden in der Zeit vom Mittwoch, 22. bis Freitag, 24. März, statt. Die Delegiertenversammlung tagt am Samstag, 25. März, 6 1/2 Uhr, in Havelbergs Hof. — Kongressordnung: Stellungnahme zur Berliner Rohrbewegung und zum Reichstagskongress. Die Kameraden haben die Pflicht, für guten Besuch dieser Veranstaltungen Sorge zu tragen. Die Geschäftsleitungen haben die Pflicht, sofort dem Bureau mitzuteilen, wann der Bezirk tagt, sowie Vertretung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin u. Umg. Der Vorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend. Wir beteiligen uns geschlossen an der Kundgebung des Arbeiter-Kulturbundes in den Reichshallen am Märchenbrunn. Am Freitag, 19. März, 8 Uhr, Beginn 7 1/2 Uhr. — Freitag, Sonntag, 19. März, 6 Uhr, Beginn in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Lindenstr. 197. Sonntag, 20. März, Besichtigung der Kaufmannshausen.

Jugendgruppe des JdV. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Spandauer Jugendklub, Lindenstr. 1. Vortrag über „Freiheitskämpfer“ — Schöneberg und Lichterberg: Die heutige Veranstaltung fällt aus. Wir beteiligen uns an der Kundgebung der arbeitenden Jugend. Treffpunkt 7 Uhr Platz am Märchenbrunn (Königsplatz).

Das Arbeiter-Kulturbund Groß-Berlin veranstaltet heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, in den Reichshallen am Märchenbrunn. Am Freitag, 19. März, eine Kundgebung der arbeitenden Jugend gegen das Gesetz zum Schutz der Jugend bei der Arbeit. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, Dr. H. A. Richter und Vertreter der Jugendgruppen. Freitag, 19. März, 10 Uhr, die Jugendleiter des JdV, beteiligen sich an dieser Kundgebung. Treffpunkt 7 Uhr Platz am Märchenbrunn (Königsplatz).

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Allinger; Gewerkschaftsberatung: Dr. Viktor Schüller; Dr. John Schönlank; Volkes- und Sozialist: Felix Rastbach; Anzeigen: H. Oeder; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag; Druckerei und Verlagsanstalt Paul Senf, Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 4 Beilagen mit „Unterhaltung und Wissen“.

# WERTHEIM Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

## Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust	.... Pfund	70 Pf.
Kalbsnierenbraten	..... Pfund	75 Pf.
Kalbskeule	ganz und geölt, .... Pfund	90 Pf.
Schmorfleisch	u. Roastbeef, mit Knochen Pfund	90 Pf.
Suppenfleisch	..... Pfund	75 Pf.
Schweinebauch	u. Rücken, mit Schmalz Pfund	80 Pf.
Schweinekamm u. Blatt	Pfund	90 Pf.
Kabler, Speer u. Kamm	Pfund	1 M.
Lieser	Pfd. 80 Pf. Gehacktes Pfd.	70 Pf.

## Prima Ochsenfleisch, gefroren

Suppenfleisch	..... Pfund	50 Pf.
Kamm u. Brust	..... Pfund	55 Pf.
Schmorfleisch	mit Knochen . . . Pfund	60 Pf.

## Konserven

Schnitt- u. Brechbohne	58 Pf.	Aprikosen halbe Frucht	82 Pf.
Gemüseerbsen	62 Pf.	Ananas Hawaii, ca. 5 Scheib.	1,60
Kaiserschoten	87 Pf. 1,58	Gewürzgurken	3,60
Jg. Erbsen	mit Karotten 84 Pf.	Rote Rüben	2,30
Gemischt. Gemüse	fein 1,40	Bismarckheringe, Roll-	
Pfefferlinge	82 Pf.	mops, Hering in Gelee,	
Stangenspargel	extra stark 1,75	Bratheringe	68 Pf.
Pflaumen	mit Stein 75 Pf. ohne Stein 1 M.	Oelsardinen	48 Pf. Dose 78 Pf.

## Konfitüren, 2 Pfund-Eimer

Ananas	1,65	Orangen	1,15	Pflaumen	1,10
Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren	1,45				
Pflaumen (Helvetia) 5 Pfund-Eimer	2,50	10 Pfund-Eimer	4,50		

## Kakao

Holländ. Kakao Marke „Kampfyne“ l. Blech, Pfd.	1,60	2 Pfd.	2,90
Marzipan-Pralinen	58 Pf. Fruchtpasten-Bruch	17 Pf.	

## Rotti Krone

Böfkkorn gekörnte Fleischbrühe	
Dose 60 Gr.	65 Pf. 125 Gramm 1,20
1 Pfd. - Dose	2,25
1 Pfd. - Dose	4,20
2 Pfd. - Dose	7,80

## Saucen

Braten, Tomaten, Pflz	
Goussier, Sardellen	
Kapern, Madeira	
Würfel	12 Pf.

## Delikateß-Suppen

Königin mit Kalbfleisch, Erläuterung mit	
Pökelbrat, Gießel, Wildpret, Ochsenfleisch, Stierfleisch	
2 Teller	16 Pf.

Echte Fleischbrüh-Würfel	
Dose 10 Stück	40 Pf. 25 Stück 1 M.
5 Größen von	
50 Stück	2 M. 100 Stück 3,75
35 Pf. bla	6 M.

## Abt. Frische Blumen

Primeln reich blühend, Topf	10 Pf.
Cloerarien reich blühend, Topf	75 Pf.
Narzissen u. Krokus	
reich blühend, Topf	75 Pf.
Nyazintiden u. Tulpen	
reich blühend, Topf	90 Pf.
Farne verschied. Sorten, Topf	75 Pf.

## Wild u. Geflügel

Junge Hühner (Wolfs-Poulets und Poularden)	.... Pfund	98 Pf.
Junge Tauben	..... Stück	85 Pf. 110
Suppenhühner	..... Pfund	110
Junge Enten	..... Pfund	110 125
Schneehühner	..... Stück	160
Hasen gestreift und ausgeworfen	.... Pfund	75 Pf.

## Fische

Bratflundern	..... Pfund	6 Pf.
Grüne Heringe schwedische	5 Pfund	55 Pf.
Schollen	..... Pfund	12 Pf.
Kabeljau u. Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfund		16 Pf.
Bleie Pfund	20 Pf. Zander gefroren Pfund	65 Pf.
Lebende Hechte	.... Pfund	85 Pf. 110

## Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas		
Empfehlenswerte naturreine Pfälzer Areszenzen		
1920 Königsbacher Alienweg	Wachst. Abrecht mild	1,40
1920 Forster Straße	Wachstum Winzerverein Niederkirchen, mild, reif	1,50
1920 Haardtter Schloßberg Sommerseite	Wachstum schloßberg, pikant, reif	1,55
1920 Ruppertsberger Reiterpfad	Wachstum Heilmer blumig, beschönigt	1,85
1920 Forster Schnepfenflug	Wachstum Winzerverein Niederkirchen, schrochön	2,25
1922 Berncasteler (weiße Kapsel) Rother Mosel		1,20
1922 Dhroner Hofberger	Original-Abfüllung mit Korkband Priester-Seminar Trier, mild, voll	1,80
1924 Domaine St. Coloma	gehaltvoller span. Rotwein	1,20

## 9 Sorten Wein und Spirituosen vom Faß

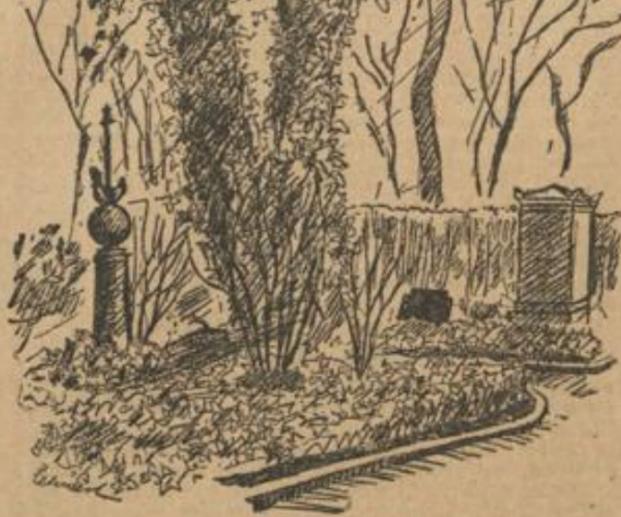
## Kaffee

Gebraunter Kaffee eigene Rösterer	.... Pfund von	2,25 an
Spezial-Mischung 20% Bohnenkaffee, Pfund	68 Pf.	40% 1,12

## Zur Frühjahrspflanzung:

Obstbäume - Sträucher - Spaliere	
Bushrosen 3 Stück von 1,50 an	
Rank osen Stück von 60 Pf an	
Schaller-moretten Busch v. 1,50 an	
Birnenbösch	.... Stück 2 M.
Wildes Weis	.... Staude 60 Pf.
Blaustauden winterhart, Stück von	20 Pf. an
Gladiolen	3 Stück von 10 Pf. an
Begonien	.... Knolle 14 Pf. 18 Pf.
Sämereien	.... 3 Pakete 25 Pf. an
Steckzwiebeln	.... Pfund 70 Pf.
Grassamen	.... Pfund 75 Pf. 95 Pf.

# Märzgedenken



Die alten —

Es war am 18. März 1898, als im Reichstag des verflohenen deutschen Kaiserturns die Vertreter der Linken in ehrenden Worten der fünfzigjährigen Wiedergeburt der Revolutionstage von 1848 gedachten und die Laten der Kämpfer jener blutigen Märzwoche rühmten. Ein Vertreter der Reaktion aber fand in dieser Sitzung des deutschen Parlaments die traurige Unverfrorenheit, davon zu sprechen, daß nur „ausländisches Gefindel“ damals, 1848, den Kampf gegen Thron und Altar und alles, was drum und dranhängt, geführt habe. Es ist bezeichnend, daß dieser Junker einen Namen trug, der gerade damals, acht Jahre nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, in Deutschland besonders läblen Klang hatte und ausnahmsweise berüchtigt war: Der Herr hieß nämlich von Puttkamer. Unser Genosse August Bebel war es, der, zusammen mit dem Fortschrittler Mundel, der reaktionären Frechheit mit einer Schärfe entgegnet, die in diesem Falle wirklich einzig angemessen war.

Und wenn wir freudigen Bekenner der deutschen Freiheit heute wiederum an den Gräbern unserer Toten aus den Straßenkämpfen vom März 1848 stehen und in Ehrfurcht und Dankbarkeit unsere Kränze mit roten und schwarzrotgoldenen Schleifen niederlegen, dann erinnern wir uns vielleicht jenes anmahenden Wortes aus Junfermanns. Und wir schreiben die Grabstätten entlang und können feststellen: Unter den 183 Toten auf dem Ehrenfeld der Revolution von 1848 finden wir 132 Handwerksgehilfen und Arbeiter, 15 kaufmännische Angestellte, 9 Handwerksmeister, 5 selbständige Kaufleute, 7 Frauen, 6 Akademiker, 2 Künstler, 5 Beamte, 1 Gastwirt, 1 Kind, 1 Laubstumm und 1 Unbekannter.

Diese 183 Toten sind bis auf ganz wenige Ausnahmen alle aus Berlin selbst gebürtig. Die Reaktion lag schon damals genau so hoch, wie sie zwanzig Jahre später über die Revolution vom November 1918 lag und hauseren ging mit dem Märchen vom Dolchstoß in den Rücken des siegreich kämpfenden Heeres! Vielleicht perantachte gerade die Lieberhebligkeit des Rückschritts den fortschrittlichen Dichter Richard Schmidt-Cabanis in jenen Erinnerungstagen des Jahres 1898, den Kämpfern des ersten deutschen März diese tiefempfundene Verse zu widmen

Aus schlechtem Keime sind bereinst entsprossen  
Des deutschen Freiheitsbaumes goldene Blüten.  
Doch ob manch warme Strahlen sie umglühten —  
Noch hat sich nicht ihr voller Duft ergossen.

Sind fünf Jahrzehnte gleich dahingeflossen,  
Noch mußt fürsorglich du die Knospe hüten,  
Mein Volk, vor eifrigen Reaktionssturms Wüten  
Wie vor des Böbelwahn's eisigen Schlossen!

Noch darfst du nicht auf treuer Wacht ermatten,  
Bis sich der heilige Kelch voll ganz erschließen,  
Bis reiß die Frucht, prangt in der Morgenjonne . . .

Und rafft uns gleich dahin der Fürst des Schattens,  
Oh' wir geschaut des Erntetages Wonne:  
Sein Licht wird freier Entel Scharen grühen!

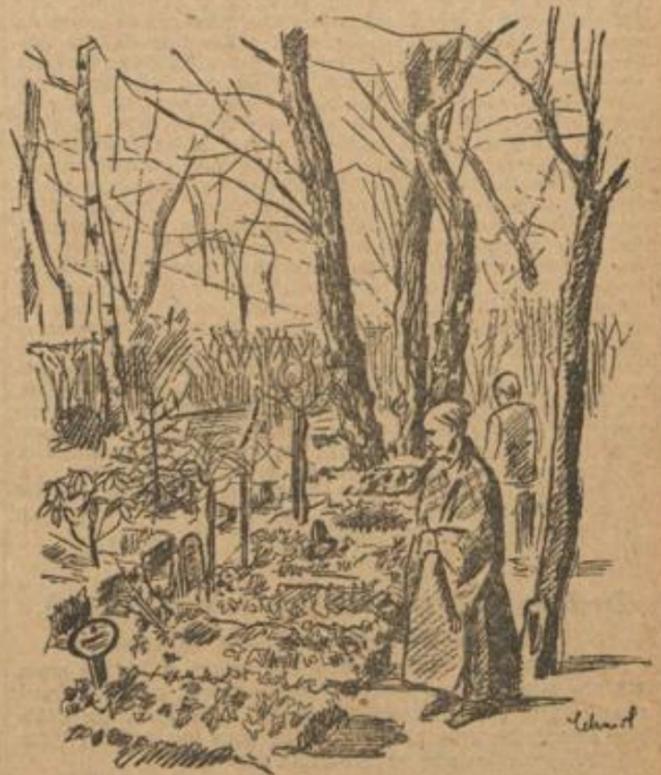
Und fast noch ergreifender muten uns die Inschriften auf den Grabsteinen unserer Vorkämpfer an, wenn wir beispielsweise die folgenden Zeilen lesen:

Der heiligen Freiheit galt sein schnell Erblassen,  
Er wird sie uns als Erteil hinterlassen.  
Im Kampfe für des Volkes Freiheit sterben,  
So heißt das Testament, nach dem wir erben.

„Der heiligen Freiheit galt sein schnell Erblassen!“ Ja, so war es in der Tat! Finsterste Reaktion hatte vor 1848 seit dem gebrochenen Königswort aus den Freiheitskriegen über Preußen gelastet, und Heinrich Heine konnte über das vormärzliche Berlin das bittere Urteil fällen, Berlin sei gar keine Stadt, sondern ein Ort, in dem Berliner zusammentämen. Dies Berlin, das doch schon damals eine Großstadt von 400 000 Einwohnern und die Hauptstadt einer europäischen Großmacht war, stand hinter allen anderen Metropolen jener Zeit weit zurück. Man denke doch nur einmal daran, daß in einer Epoche, in der in Weimar der Riese Goethe noch lebte und in Hamburg ein Hebbel, in Wien ein Grillparzer aufblühte, in Berlin der Dramatiker Raupach, der nach Platen seine Werke „schmierte, wie man Elfenbein schmiert“, und der süßlich-verquollene Romanist Claren die erste Violone spielten. Dieses Land hatte damals noch nicht die Spur einer Volksvertretung, dafür aber eine bis aufs Feinste durchorganisierte und in ihrer Art ganz vortreffliche politische Polizei. Und unter Friedrich Wilhelm IV., Mejem ausgesprochenen geistigen Verwandten Wilhelms II. unter den Hohenzollern, dessen Regierungsantritt man begrüßt hatte, der aber nachher in seinem überspannten Romantizismus und in seiner krankhaften Vorstellung von der Macht des wahnwichtigen Gottesgnadentums alles nur noch schlechter machte als sein unfähiger Vorgänger, mußte der Freiheitsdrang des getriebenen Volkes zur Entladung kommen. Und der rheinische Revolutionär Robert Blum, der nachher, am 9. November 1848, in Wien von den schwarzgelben Horben Wittgensteins ermordet wurde, hatte Recht, wenn er in der Frankfurter Paulskirche sagte: „Man wirft mitunter schielende Blicke auf einzelne Parteien und Personen und sagt, daß sie die Anarchie, die Böhlererei und wer weiß, was, wollen. Meine Partei läßt sich den Vorwurf der Böhlererei gern gefallen: sie hat gewöhnt ein Menschenalter lang, mit Hintansetzung von Gut und Blut; sie hat den Boden ausgehöhlt, auf dem die Tyrannei stand, bis sie fallen mußte, und Sie, meine Herren, sehen nicht hier, wenn nicht gewählt worden wäre!“

Ach, die Tyrannei schien nur gefallen zu sein. Ein halbes Jahr später erhob sie sich frecher als je zuvor: In der Pfalz und in Baden wütete die Soldateska des Karlsruhenspringen und in Ungarn mordeten die Kosaken des Zaren Nikolaus Romanow. Und an alles, was nachher kam, an Bismarcks Blut- und Eisenpolitik, an das Sozialistengesetz, an den Größenwahn Wilhelms II. und das Grauen des Weltkrieges, mahnen uns die Gräber im Friedhofshain, die uns berichten von den toten revolutionären Kämpfern aus dem November 1918. Ja, siebzig Jahre noch währte die Monarchie, bis sie endlich und endgültig wie ein Kartenhaus zusammenfiel.

„Heute haben wir eine demokratische Republik, und wir Proletarier, wir sozialistischen Republikaner sind fest entschlossen, sie unter allen Umständen und jeder Fährnis zum Trost zu erhalten und zu schützen. Denken wir noch einmal zurück auf 1848, so finden wir, daß schon damals die entschiedenen Republikaner in unserem Lager standen. Sagte doch ein Friedrich Hecker schon am 5. März 1848:



— und die neuen Gräber.

„Ich will die Freiheit, die ganze Freiheit für alle, aber keine Freiheit nur für die Privilegierten oder für die Reichen; ich bin, wenn ich es mit einem Worte bekennen soll, Sozialdemokrat!“ Tritt uns aber die Reaktion entgegen, so rufen wir ihr zu: „Hüet euch! Wir sind, wenn wir es mit einem Worte bekennen sollen, Sozialdemokraten!“ Denn das Wort Ferdinand Freiligraths, das er die Toten der Märzstage den Lebenden zurufen läßt, soll nicht umsonst erklingen sein:

D steht gerüstet! Seid bereit! O schaffet,  
daß die Erde,  
Darin wir liegen starr und starr, ganz eine  
freie werde!

## Der Todesfall im Krankenhaus Gitschiner Straße.

Zu den Redungen über den Tod der Köchin Martha Kranert im Krankenhaus Gitschiner Straße teilt das Bezirksamt Kreuzberg, dem das Krankenhaus untersteht, folgendes mit: Am 31. Dezember 1926 wurde eine Hausangestellte, Fräulein Martha K. in das Krankenhaus Gitschiner Straße aufgenommen. Sie hatte seit längerer Zeit an Herzbeschwerden gelitten. Die Untersuchung ergab einen sogenannten kombinierten Herzklappenfehler. Außerdem fanden sich bei ihr die untrüglichen Zeichen schwerer syphilitischer Veränderungen des Zentralnervensystems. Wie es in derartigen Fällen üblich ist, war die darauf angestellte sogenannte Wassermannsche Blutreaktion stark positiv. Außerdem wurde noch eine zweite Reaktion vorgenommen, die gleichfalls positiv ausfiel. Diese Reaktionen wurden in der bakteriologisch-serologischen Abteilung des Krankenhauses am Urban unter Leitung des Abteilungsdirektors ausgeführt. Fräulein K. wurde darauf vom Arzt mitgeteilt, daß sie an einer Syphilis leide, die unbedingt einer entsprechenden Kur bedürfe. Hiermit war sie einverstanden. Die Kur wurde unter Beobachtung aller der Vorichtsmaßnahmen, die dabei üblich sind, mit kleinsten Mengen Salvarsan vorgenommen. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Fräulein K. über die Vornahme d. Kur über die Art der Kur im unklaren gelassen ist. Sie hat die ersten sechs Einspritzungen ohne jeden Nachteil vertragen. Da auf der am Bett befindlichen Fieberkurve in deutlicher Schrift die Tatsache der Einspritzung und auch das Mittel

## Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zolnay, Wien

46]

Ich schauderte und erwiderte kein Wort, wußte ich doch nur allzugut, wie sehr er recht hatte.

„Du zitterst vor Kälte, geh' zu Bett.“

Ich zitterte nicht vor Kälte, aber Fieberschauer schüttelten mich.

Ich gehorchte, drehte das Licht ab und legte mich nieder.

Mit weitgeöffneten Augen starrte ich in die Dunkelheit.

In einem Nebel sah ich das Spital in Lyon und hörte die Worte des jungen Arztes: Er wird nicht mehr lange leben.

„O, wenn das so wäre!“

„Was denn?“ fragte André schlaftrunken.

„Nichts!“ Ich war ganz bestürzt, daß ich laut vor mich hingeprochen hatte. Aber nun war der Gedanke einmal da, grub sich in mein Hirn, ließ mir keine Ruhe mehr.

Und mein ganzes Leben zog wie ein Film an meinen Augen vorüber: Das Asyl für verlassene Kinder, die Zeit, die ich „dort“ verbracht hatte als „Gemeindekind“, die wenigen schönen Tage in Genf, in Evian; unser armseliges Leben in Genf, der Kampf ums Brot, das Lyoner Spital, mein Heimkommen von den Reisen am Samstag Abend, das Gespräch mit dem Pastor Dubois, meine Flucht. Und immer und überall war er es, er, der Schande über uns gebracht hatte, der mich als Kind noch in fremde Hände gegeben hatte, ohne sich darum zu kümmern, wieviel Hohn, Ungerechtigkeit und Noheit ich auch erdulden mußte. Er war es, der mich mit seinem argwöhnischen Haß verfolgte, als die Mutter mich wieder zu sich nahm, er hatte meine heillosen Gefühle beschmuht, und morgen würde Paul an die Reihe kommen und auf hohle Weise gequält werden, denn er mochte auch dieses Kind nicht. Das Herz schlug mir so heftig, daß ich dachte, es müßte mir die Brust zersprengen, mein Blut hämmerte in den Schläfen, ein stechender Schmerz bohrete mir im Nacken, ich leuchtete. Plötzlich ertönte ein Schrei aus dem Schlafzimmer meiner Eltern. Hatte ich geträumt?

Ich setzte mich im Bett auf und lauschte, hörte aber nichts als meinen Herzschlag und das Ticken der Uhr. Da drang ein zweiter Schrei durch die Wand, diesmal schwächer als der

erste. Ich stürzte zur Tür. André drehte sich im Bett um und streifte meine Hand.

„Hast du gehört?“ fragte ich ihn.

„Natürlich, der Schrei hat mich geweckt.“

„Hast du schon zweimal schreien gehört?“

„Ja, aber bleib hier.“

Er sah mich am Arm, ich suchte mich loszumachen. Er redete mir zu: „Sei doch vernünftig.“

„Vernünftig, du hast gut reden, ich versichere dir, daß er sie mißhandelt.“

„Das ist schon möglich.“

Als ich André einen Schlag mit der Faust gab, ließ er mich los.

„Ich sage dir nur das eine: Wenn er sie anrührt, so bringe ich ihn um.“

Ich hörte, wie André aus dem Bette sprang; er machte Licht und am ganzen Körper zitternd, sah er mich einen Augenblick an. Wir lauschten, konnten aber keine Worte unterscheiden. Nur ein Murmeln drang zu uns. André legte sich wieder zu Bett, ich preßte mein Ohr an die Tür und konnte die Stimme der Mutter vernehmen, die ganz verzweifelt klang: „Wenn du mich nicht in Ruhe läßt, so rufe ich um Hilfe.“

Leise schlich ich auf den Korridor hinaus und hörte, wie er mit einer rauhen, fremden Stimme sagte: „Wie du vor zwanzig Jahren in meine Junggesellenwohnung am Boulevard Maiesherbes gekommen bist, gelt, da warst du nicht so prüde und noch glücklich . . .“

Die letzten Worte wurden so leise gesprochen, daß sie mir entgingen. Sie erwiderte mit überreizter Stimme: „Dazu gehört eine bodenlose Gemeinheit, mir vorzumerfen . . .“

Er unterbrach sie: „Du hast diese schöne Geschichte ganz schlau deinen Söhnen erzählt . . .“

Er lachte höhnisch.

Ich hätte ihnen eben erzählen sollen, daß ich von zu Hause fortgelaufen bin, um zu dir zu kommen. Offen und aufrichtig habe ich dir gesagt, daß ich deine Frau sein wollte und daß du damals in gemeiner Weise meine Liebe, meine Erregung, meine Unerfahrenheit mißbraucht hast.“

„So, deine Unerfahrenheit.“ höhnte er. „Aber in Wirklichkeit war das ja wohl ausgedacht, so war ich gezwungen, dich zu heiraten, gelt? Jetzt bist du das zarte Püppchen, aber wie du in meinen Armen gestöhnt . . .“

Wieder klangen die Worte gedämpft, zweifellos sprach er ganz an ihrem Ohr. Ich hörte das Geräusch einer Ohrfeige, er brüllte jetzt wirklich wie ein Tier.

„So, du glaubst, ich lasse mich ohrfeigen wie ein kleiner Junge, wart nur.“

Der Betteinsatz knatete.

„Laß mich, laß mich,“ röchelte sie.

Dann stieß sie einen ersticken Schrei aus: „Zu Hi . . .“

Ich riß die Tür auf. Das Zimmer war durch eine grüne Nachtlampe nur schwach beleuchtet. Beim Geräusch der sich öffnenden Tür sprang er aus dem Bett.

Ich stammelte: „Was gibst's denn?“

Er drehte das elektrische Licht an, zeigte mir die Mutter, die auf dem Bett lag, totendach, mit starrem Blick und wirrem Haar, mit wutbebender Stimme preßte er hervor: „Was es gibst? Daß deine Mutter verrückt oder hysterisch ist, was auf daselbe heraustrinkt.“

Sie blickte mich mit starren, weit aufgerissenen Augen an, die mir ganz fremd waren, niemals noch hatte ich sie so gesehen. Sie wies auf ihren Arm, ich sah, daß er geschwollen war und daß Blutstropfen herunterrannten.

„Er hat dich geschlagen?“ brüllte ich plötzlich.

„Ja.“

„Ich habe ihr einen Schlag gegeben, um sie zu beruhigen; man sollte sie schlagen wie ein kleines Kind; es war ein Revonanfall, und Schläge sind ja das einzige Mittel, um Hysterikerinnen zu beruhigen.“

„Du gemeiner Mensch! Jacques, ich wiederhole dir, daß er mich geschlagen hat.“

Er packte sie am Handgelenk und blickte ihr in die Augen, als ob er sie hypnotisieren wollte.

Da stürzte ich hin und herrschte den Vater an: „Laß sie!“

Er schüttelte sie wie ein Blatt und warf sie roh auf das Bett. Was dann geschehen ist, weiß ich nicht mehr recht, aber plötzlich legte sich eine rote Wolke vor meine Augen; ich trat einen Schritt zurück und schrie: „Bring ihn um, bring ihn um.“

Er sah mich mit einem fürchterlichen Blick an, stieß mich an den Schultern fort und mit einer Stimme, die in ihrer Ruhe erschreckend war: „Geh' hinaus.“

(Fortsetzung folgt.)

vermerkt wurde, und die Kranken bekanntlich Gelegenheit nehmen, die Aufschrift der Fieberkurve selbst zu lesen, war sie auch über die Art des Mittels unterrichtet. Sie hat von sich aus an den Tagen, an denen die Einspritzungen vorgenommen werden mußten, die Schwester am Morgen selbst daran erinnert, daß sie an diesen Tagen die Einspritzung erhalten müsse. Wie weit sich der Zustand gebessert hatte, geht daraus hervor, daß Fräulein K. sich außer Bett befand. Am 32. Krankheitsstage trat am Körper ein Ausschlag auf. Es wurde ein namhafter Facharzt hinzugezogen, der den Ausschlag als eine Salvarsanwirkung ansah, die bei Salvarsanempfindlichen Personen schon des öfteren beobachtet wurde. Sogleich wurde die Anwendung des Salvarsans unterlassen. Der Zustand des Herzens, der schon gebessert schien, verschlechterte sich aber, wie dies bei schweren Herzklappenleiden des öfteren beobachtet wird. Da der Hautausschlag stark juckte, kratzte sich die Kranke und bekam unglücklichweise eine Gesichtsröte. Der schwere Krankheitszustand des Herzens und die durch die eingeleitete Kur noch nicht gehobene Nerven- und Eingeweidehypothese hat dann im Laufe von weiteren drei Wochen die Kräfte derart erschöpft, daß Fräulein K. im Krankenhaus verstarb. Es erfolgte — wie üblich — die Leichenöffnung, die eine Bestätigung der bereits im Leben festgestellten Krankheiten ergab. Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund einer Anzeige von dritter Seite die Leiche beschlagnahmt und in Gewahrsam genommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es sich um einen Todesfall infolge von schwerer Herzerkrankung und schweren hypochondrischen Veränderungen handelt. Die betreffende Kranke wurde mit größter Vorsicht, um ihr Leben zu verlängern, einer Behandlung mit Salvarsan unterzogen, die sie anfangs gut vertrug. Wie leider auch sonst in ganz wenigen Fällen stellte sich auch hier im Laufe der Behandlung eine Ueberempfindlichkeit gegen Salvarsan heraus, die sich im Auftreten eines juckenden Ausschlags äußerte, dem infolge Kratzens eine Wundrose folgte. Der geschwächte Körper war diesen Belastungen nicht mehr gewachsen.

### Deckeneinsturz bei einem Geschäftsbrand.

#### Ein Feuerwehrmann schwer verletzt.

Ein gefährlicher Geschäftsbrand kam gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr in der Zigarrenhandlung von Landou in der Jerusalemstraße 11/12 zum Ausbruch. Beim Eintreffen der ersten Löschzüge brannte der etwa 12 bis 14 Meter lange und 5 Meter breite mit Warenvorräten reich gefüllte Laden lichterloh.

Hohe Flammengarden schossen aus dem nach dem Hof gelegenen Fenstern hinaus bis zum dritten Stockwerk. In wenigen Minuten war das gesamte Treppenhaus und der kleine Hof völlig verqualmt. Der vielen weiblichen Angestellten, die in den Büroräumen des umfangreichen Geschäftshauses tätig sind, bemächtigte sich eine Panik. Alle versuchten, fluchtartig das Freie zu gewinnen. Die Feuerwehr, die nach kurzer Zeit an der Brandstätte erschien, nahm wegen der großen Gefährlichkeit des Feuers einen umfassenden Löschangriff vor. Die mit Rauchschuttmassen verlebten Wehrleute rückten von der Straße, vom Hof aus und über die Treppe gegen den Brandherd. Ingesamt wurde aus vier Schlauchleitungen größten Kalibers Wasser gegeben. Leider ereignete sich schon kurz nach Aufnahme der ersten Löschmaßnahmen ein schwerer Unfall. Da das Gerüst umging, daß der Ladeninhaber sich noch in dem brennenden Raum befand, drang Brandmeister Pöhl von der Hauptwache in das Innere vor, um den vermeintlich in Lebensgefahr Befindlichen zu retten. In diesem Augenblick stürzte, vermutlich durch die große Hitzeentwicklung, die viele Zentner schwere Rahlbede unter lautem Getöse ein und begrub Pöhl unter sich. Nur mit großer Mühe konnte er durch hinzueilende Kameraden im letzten Augenblick schwerverletzt geborgen werden. Er trug eine Schädel- und Rückenverletzung und erhebliche Brandwunden davon. Wie sich nachher herausstellte, war es dem Inhaber gelungen, noch rechtzeitig, allerdings unter Zurücklassung der gesamten Tageseinnahme, zu fliehen. In der ersten Aufregung irrte er auf der Straße umher.

Leidet konnte nicht verhindert werden, daß die darüberliegenden Geschäftsräume einer Seidenfirma und in den Kellerräumen befindliche Warenvorräte vom Feuer und Wasser arg mitgenommen wurden. Erst nach langem Wassergeben war die Hauptgefahr beseitigt und die Aufräumarbeiten konnten in Angriff genommen werden. Der Waren- und Gebäudeschaden, der nur teilweise durch Versicherung gedeckt sein soll, dürfte sich auf etwa 70 000—80 000 Mark belaufen. In der sehr belebten Gegend hatte sich eine kaum übersehbare Menschenmenge angesammelt; ein starkes Schuppaufgebot hielt aber die Ordnung mustergültig aufrecht.

Das Feuer war in dem hinten befindlichen Bogerraum entstanden. Das Verkaufsfräulein hatte Wasser für den Nachmittagskaffee aufgesetzt und sich zu einer Besorgung nach draußen begeben. Durch Zugluft kam eine Gardine der Gasflamme zu nahe und nur Sekunden später brannte der Raum bereits lichterloh, ohne daß L. der vorn im Laden stand, zunächst etwas bemerkt. Noch lange nach Abbruch der Feuerwehr drängten sich abends noch Neugierige an der Brandstelle. Auf der Straße, hart an der Bordwand, liegt noch die viele Quadratmeter große, abgefürzte Rahlwand, die dem Feuerwehrmann Pöhl zum Verhängnis geworden war.

### Zwei Todesopfer durch Kohlenoxydgase.

#### Der Ofen als „bessere Gasanstalt“.

Ein Schulbeispiel dafür, wie gefährlich es ist, Feuerstätten ohne baupolizeiliche Genehmigung zu verändern, bot eine Verhandlung vor dem Großen Potsdamer Schöffengericht, vor dem sich der Bauunternehmer Otto Beyer, Berlin, wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte. Mit ihm angeklagt wegen fahrlässiger Uebertretung der Baupolizeiverordnung waren der Direktor Herrmann der Ambach-A.-G. in Stahnsdorf und der Wertmeister Heinrich Cornelius aus Stahnsdorf.

Am 23. November vorigen Jahres fand man in der Ambach-Automobilreparaturwerkstatt im Bürozimmer gegen Morgen den dort angestellten Chauffeur Hans Lehmann und die zwanzigjährige Bureauangestellte Margarete Ziegelhagen und einen Hund tot auf. Man glaubte zuerst an Selbstmord des Paares, zumal das junge Mädchen des öfteren Selbstmordgedanken geäußert hatte. Dem Chauffeur war das Bürozimmer als Schlafraum angewiesen worden und Fräulein Z. hatte ihn abends öfter besucht. Die Obduktion der Leichen ergab einwandfrei Kohlenoxydgasvergiftung. In der Werkstatt war, etwa zehn Tage vor dem traurigen Vorfall, von dem Angeklagten Beyer statt eines alten eisernen Ofens ein solcher aus Backstein aufgestellt worden. Aus dem Steinofen war ein langes Rohr in das Bürozimmer durchgeführt, so daß der Ofen beide Räume erwärmte. Das Personal der Firma klagte seit der Beheizung des neuen Ofens öfter über plötzliche Müdigkeit und Kopfschmerzen, zumal sich häßliche Teegerüche einstellten. Geheißt wurde die neue Feuerungsanlage mit Rots. In der Unglücksnacht hatte der verstorbene Chauffeur noch etwa zwei bis drei Eimer Rots in den Ofen hineingeschüttelt. Zu dem Prozeß waren viele Sachverständige geladen. Gewerberat Schlicht, Berlin, bezeichnete die Heizanlage als Blucherarbeit, die Luftzufuhr an dem Ofen als äußerst mangelhaft, die Veränderung der Feuerstätte war ohne baupolizeiliche Genehmigung erfolgt und mehr als mangelhaft ausgeführt worden. Bezirkscharnsteinfegermeister Fuchs, Zehlendorf, nannte die Heizanlage eine „bessere Gasanstalt“. Die Abzugsrohre entsprachen keineswegs den Vorschriften. Gerichtschreiber Dr. Ripper erklärte sich den Unfall so, daß die Gase sich im Abzugsrohr gestaut und dann durch eine nicht genügend verdichtete Stelle im Rohr ausgeströmt sein müssen. Der Tod ist durch Einatmen der ausströmenden Kohlenoxydgase eingetreten. Das Schöffengericht verurteilte den Bauunternehmer Beyer zu fünf Monaten Gefängnis ohne Strafaussetzung. Direktor Herrmann erhielt 300 M. Geldstrafe, der Wertmeister Cornelius wurde freigesprochen.

### Was die „Rote Fahne“ verschweigt.

Unter der Ueberschrift „Was der „Vorwärts“ verschweigt“ brachte die „Rote Fahne“ am 9. März eine Notiz, in der behauptet wurde, daß unser Genosse, der Reichsbannermann Abraham, roten Frontleuten gegenüber selbst angegeben habe, daß in der 4. Abteilung des Reichsbanners 305 Abbestellungen des „Vorwärts“ erfolgt und 44 Mit-

## Funkwinkel.

Peter Brahmann, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zeigte die Bedeutung der Demokratie für das Wirtschaftsleben unserer Zeit. Demokratie heißt Unterordnung des Einzelinteresses unter das Allgemeininteresse und bedeutet auf volkswirtschaftlichem Gebiet das Aufheben planloser, Spekulationswirtschaft zugunsten einer sachlich regulierten Bedarfswirtschaft. Der Vortragende legte dar, wie notwendig solche Entwicklung, die in der Reichsverfassung vorgegeben ist, aber heute noch in den allerersten, kaum fühlbaren Anfängen steht, zur Befriedigung unseres gesamten Wirtschaftslebens ist. — Dr. Kurt Singer setzte seinen Vortrag „Die musikalische Bildung des Arbeiters“ fort mit einem Vortrag „Das Lied des Arbeiters“, wobei er unter Lied eigentlich die gesamte musikalische Ausdrucksform begriff, denn der Arbeiter steht dem lyrisch empfundenen Liede fern. Er lud den politischen Massengesang, zu dem Freiligrath, Rodas, Dehmel u. a. die Texte schrieben. Dr. Singer zeigte, wie der Arbeiter auf diesem Weg auch zum Verständnis der genialen Kampfnaturen eines Händel und Beethoven gelangt. — Dr. Max Binde's Vortrag „Was geht in China vor?“ behandelte aktuelle politische Fragen von einem die Aufgaben des Rundfunks erfassenden Standpunkt sachlich, doch ohne unpersonliche Trockenheit. Der Abend brachte zwei sehr schöne Veranstaltungen — Rose Viehstein las Verse von Theodor Deubler und Elise Paster-Schüler. Die verständliche Einführung von Dr. Kurt Pinthus litt leider unter einem langatmigen, schwermütigen Schriftdeutsch seiner Sätze. Ueber von Robert Schumann songe Voite Leonhard mit ihrer auch im Rundfunk wundervoll weichklingenden kultivierten Stimme.

glieder aus dem Reichsbanner ausgetreten seien. Genosse Abraham hatte sofort, nachdem ihm die Notiz in der „Roten Fahne“ bekannt geworden war, dieser eine Berichtigung zugefandt. Bisher hat die Redaktion der „Roten Fahne“ nicht soviel Anstand aufgebracht, um die Uügenmeldung zu berichtigen. Wie wahrheitsliebend die „Rote Fahne“ auch in diesem Falle wieder einmal war, geht aus der Tatsache hervor, daß in der 4. Abteilung des Reichsbanners etwa 60 Kameraden organisiert sind. Und von diesen zirka 60 Kameraden stehen 305 den „Vorwärts“ abbestellt haben!!! Arme „Rote Fahne“...

### Tarzan ist tot!

Eines der klügsten Tiere der Welt, Tarzan II., der große Schimpanse, der in diesem Monat allabendlich in der Scala auftrat, ist tot! Er fiel einem Unglücksfall zum Opfer. In Abwesenheit des Besitzers, Herrn King, spielte das Tier mit Streichhölzern. Sein Fell fing plötzlich Feuer, und elend verbrannte das Tier. Zu spät wurde der Brandgeruch bemerkt: Als Hilfe kam und der Käfig gewaltsam geöffnet wurde, lag Tarzan tot da, mit schmerzhaft verzerrtem Gesicht. — Tarzan, der zu den abendlichen Vorstellungen in elegantem Cut erschien, benahm sich völlig wie ein Mensch. Er setzte sich an den Tisch, band sich das Mundtuch vor und verzehrte, sein Bestes vollkommen sicher handhabend, ohne jede Aufsicht, sein Menu. Dann schenkte er sich den Kaffee ein, steckte sich eine Zigarette an und rauchte sie, genießerisch zurückgelehnt. Und das Wunderbarste war eben, daß er dies alles selbständig tat und ganz mit den Mäßen eines ausgewachsenen Gentleman. Ja, man kann sagen: Ihn schloß einzig die Sprache, um völlig wie ein Mensch auftreten zu können. — Herrn King hat, wie es nur zu erklärlich ist, das traurige Ende seines Kameraden tief erschüttert. Er hofft aber, den bisherigen Partner Tarzans bald so weit gebracht zu haben, daß er den Platz des toten Tieres ausfüllen kann.

### Konzert des Erfschen Chors.

Das Programm des zweiten Winterkonzerts, das der Erfsche Männerchor in der Hochschule für Musik veranstaltete, stand im ersten Teil allein im Zeichen Beethovens. Man sang unter anderem die beiden lateinischen Trauergesänge bei Beethovens Leichenbegängnis, das „Opferlied“, den elegischen Gesang und „Die Ehre Gottes in der Natur“. Bekannt ist, wie kraft rhythmisch und abgestimmt dieser Chor unter Professor Max Stanges Leitung singt, überragend wirkte aber dieses Mal der Ausdruck, der bis in die letzten Feinheiten nuanciert war, vor allem im Miserere Mei und in dem Chor „Die Ehre Gottes in der Natur“, mit dem der erste Teil schloß. Es folgten im zweiten Teil Kompositionen von Johann Friedrich Reichardt und Karl Maria v. Weber. Selten hat Stange seine überlegene Meisterschaft so eindringlich gezeigt wie bei Beethoven. Der Cellist Armin Liebermann spielte die Sonate Opus 69 von Beethoven und drei Stücke von Schubert, am Flügel begleitete ihn Gün Brandenburg. Sein Cello klingt etwas hart, es zeigt nicht den dunkel gefüllten Ton, aber im zweiten Satz der Sonate ergriff Liebermanns verinnerlichtes Spiel. Das Konzert hinterließ einen außerordentlich starken Eindruck.

Eine Sänger-Morgen-Fest veranstaltet der 12. Bezirk des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes, Gau Berlin, am Sonntag, dem 20. März, vormittags 10 Uhr, im Etablissement „Kaffhäuser“ in Riederichsneweide, Berliner Str. 91. Massenchor, Männer- und gemischte Chöre, Frauen- und Kinderchöre. Ueber 500 Mitwirkende. Freunde des Gesanges herzlich willkommen. Eintritt frei.

Einen Werbeabend für die märkischen Jugendherbergen veranstaltete am 11. d. M. im Lokal von Schwarz die Ortsgruppe Lichtenberg zum Besten des Ausbaues der von ihr betreuten Jugendherberge am Gamensee. Der Lichtenberger Orchesterverein, die märkische Singbar und die Anna-Herrmann-Schule gaben ihr Bestes. Insbesondere die prächtige Mädchenchor der Hermannsschule mit ihren neu und eigenartigen gymnastischen Übungen, die eine restlose Durchbildung des Körpers bewirken, fand reichsten Beifall. Sämtliche Mitwirkende hatten sich in uneigennütziger Weise in den Dienst der guten Sache gestellt. Alles in allem ein gelungener Werbeabend.

Achtung, Beamte! Die für Freitag, den 18. d. M., nach dem Jugendheim, Lindenstr. 3, einberufene Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft findet nicht statt.

Die Beamtenzentrale: Hermann Wäger.

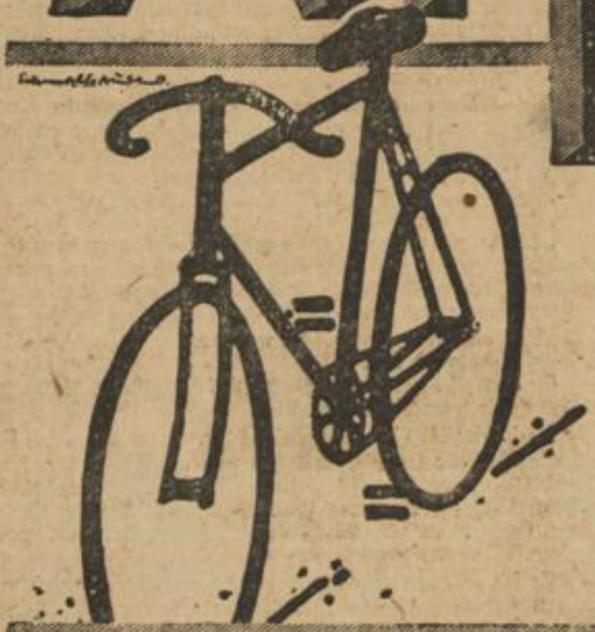
Jahresweife der 40. Abteilung. Die neue Jahressche der 40. Abteilung soll am 19. März ihre Weife erhalten. Aus diesem Anlaß findet im Restaurant „Zum Schultheiß am Kreuzberg“ (früher Tivoli), Richtstraße der Straße 11, eine Feier mit musikalischem Programm statt. Eintrittskarten zum Preise von 60 M. (einschließlich Steuer und Tanz) sind auch am Saaleingang zu haben.

Ipograpbia. Achtung, Sänger! Die für Sonntag, 20. März, vorm. 4,10 Uhr, angelegte Generalprobe findet nicht in der Hochschule, sondern in der Aula Mariannenplatz 27, um 9 Uhr statt. Erscheinen aller Sänger ist Pflicht. Der Vorstand.

Die Ordnung der proletarischen Feiern treffen sich am Sonntag, dem 20. März, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus zum Dienst für die Jugendweife.

# Miffo

## Das Qualitäts-Fahrrad direkt ab Fabrik!



Unser neuer Frühjahrskatalog ist erschienen: 37 verschiedene Modelle stehen darin zur Auswahl, die alle die bekannten MIFA-Vorzüge aufweisen: Erstklassige Qualität, billigen Preis, günstige Zahlungsbedingungen. Die durch Verwendung von nur bestem Material und modernster Fabrikation bedingte MIFA-Qualität ist allbekannt und wird immer wieder durch zahlreiche MIFA-Siege bewiesen. Unsere Preise konnten wir trotz unveränderter Qualität dadurch abbauen, daß wir direkt ab Fabrik liefern. Verkauf durch unsere über ganz Deutschland verbreiteten 100 Fabrikverkaufsstellen oder zu gleichen Preisen frachtfrei direkt von unseren Zweigniederlassungen im Versandwege. Die durch Ausschaltung aller unnötigen Zwischengewinne ermöglichte Preisverbilligung kommt restlos dem Publikum zugute. Durch Einkauf eines MIFA-Rades sparen Sie, ohne Ihre Ansprüche an beste Qualität herabmindern zu müssen. Wochenraten von 4 Mark an. Versäumen Sie nicht, eine unserer 100 MIFA-Fabrikverkaufsstellen zu besichtigen! Jede Verkaufsstelle unterhält eine fachmännisch geleitete Reparaturwerkstatt. Sie finden dort sachverständige Beratung und ein reichhaltiges Lager in Ersatz- und Zubehörtellen. Verlangen Sie sofort unseren neuen Katalog, der erneute Preisermäßigungen, auch für Ersatz- und Zubehörtelle, enthält, von der untenstehenden Verkaufsstelle oder direkt von unserer Zweigniederlassung f. Nord- u. Ostdeutschland, Berlin SW 61, Belle Alliancestr. 6. Unsere Räder werden kompl. m. Torpedofreilauf (\*außer den Mod. für 59 u. 64 M), pa. Gummi, Pumpe u. Glocke geliefert.

Herrenräder	Damenräder	Rennräder	Mifa-Gummi
59-64-79-90-106 M	85-97-114 M	100-106-114-178 M	Schlauch ab 1.35 M, Decke ab 2.95 M Pedale ab 1.50 M, Laternen ab 1.40 M

Mifa-Fabrikverkaufsstellen: Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1, Leiter: Erich Aberger. — Berlin-Neukölln, Friedelstraße 27, Leiter: Erich Aberger. — Berlin O 34, Peinersburger Straße 8, Leiter: Carl Dahn. — Berlin-Charlottenburg, Tauroggenstraße 12, Leiter: Paul Charlet. — Berlin-Charlottenburg, Kaiserin Augusta-Allee 44, Leiter: Paul Charlet. — Berlin-Pankow, Schloßstraße 18, Leiter: M. Götte. — Berlin SW 61, Belle Alliancestraße 6, Filiale Berlin. — Berlin SW 66, Alexandrinerstraße 15, Leiter: M. Blech. — Berlin-Schöneberg, Barbarossastraße 42, Leiter: P. Tysan.



Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin 614, Schützenstr. 17/18, Hof 2. Freitag, 15. März, Kriegerabend: Fahnenweihe 7 1/2 Uhr bei Klumpen, Hensburger Str. 2. - Fernsprenger: Die Monatsversammlungen der Kameradschaften...

Freie Vereinigung von Sternfreunden, Berlin. Versammlung Sonnabend, 19. März, 8 Uhr, beim Vorsteher, Schulzestr. 6. Freund, Salenfer, Beckh...

Deutscher Alpenklub, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 18. März, 8 Uhr, Konzert im Tobin, Badischer Markt, Übungsabend. Gäste willkommen.

Arbeitersport.

Vorführungswettbewerb im Mercedes-Palast.

Am kommenden Sonntag wird der große Mercedes-Palast in Reutlingen, Hermannstraße, die Arbeitersportler zu Gast haben. In Form einer Matinee will die Turnersportdelegation...

Fußballspiele am 20. März.

Bisher wurden die Städtemannschaften der WSB, immer erst im letzten Augenblick zusammengebracht. Das dadurch seitens einer wirklich guten Mannschaft...

Table with 4 columns: Name, Position, Club, and other details for football players.

Musikaufträge

Überlegt man sich dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rammelsburgerstr. 63/64, Telefon 8277-78...

Advertisement for 'Teilzahlung' (installment purchase) for clothing, featuring 'Damit' brand and 'Rosenthaler-Str. 46-47'.

Advertisement for 'KLEINE ANZEIGEN' (small ads) by Berthold Krone and Frau, located at Riesenbrille.

Advertisement for 'Wir suchen per sofort: Geübte' (we seek immediately: experienced) for 100 clothing items, by Spindler A.-G.

Large advertisement for 'Zum Schulanfang' (back to school) by Baer Sohn AG, listing various school supplies and clothing.

Strecken im Winterwald das größte Interesse. Straßen, mit Fichtenberg I zunächst, ist durch das Ausfinden des Mittelstimmers, der in der...

Handballspiele am 20. März.

Die Städtemannschaft spielt am Sonnabend, dem 19. März, um 1/6 Uhr auf dem Adler-Wald in der Christianstraße gegen Reutlingen 2. Ein Teil der...

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“.

Touren für Sonntag, 20. März: Octogruppe Berlin, 2. Abt. Früh 7 1/2 Uhr Rauen (Kunsthalle). Pro Person 50 Pf. 1 Uhr Fichtensender, Start...

Louistenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien.

Ortsgruppe Berlin: Sämtliche Abteilungen beteiligen sich an der Kundgebung des Kulturartells in den Prachtgärten am Märchenbrunnen...

Mannschafts-Schachwettkämpfe.

Am Sonntag, 20. März, 10 Uhr, finden die Wettkämpfe des Berliner Arbeiter-Schach-Klubs ihre Fortsetzung. Es spielen in der C-Gruppe: Ostlag I...

gegen Gesundbrunnen II, Rigort Str. 87; Friedrichshagen I - Nordwest I, Ebingen Straße 8; Westend I - Oden II, Sophie-Charlotte-Str. 88; Wedding III - Humboldt...

Verchiedenes.

Arbeiter-Sport- und Kulturartell Tegel. Sonntag, 20. März, auf dem Tegel Friedhof, Gelassenen-Gedächtnisfeier. Erscheinen der dem Kartell angehörenden Vereine...

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, dem 17. März. 1. Rennen. 1. Lanze (A. Müller), 2. Einsicht (B. Remmer), 3. Kleiterrolle (H. Vandenberger)...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.). Vormorgen heiter, nach toller Nacht am Tage mild, keine Niederdrücke...

Das Ende der Magenbeschwerden

Chronische Magenleiden entstehen häufig aus beständiger Verdauungslosigkeit. Wenn Sie bei den ersten Anzeichen nach den Mahlzeiten Biserirte Magnesia einnehmen, so haben Sie es selbst in der Hand...

# Deutsch-französische Zollverständigung

## Entwicklung der Dinge. — Richtlinien für den Handelsvertrag festgelegt.

Der „Vorwärts“ konnte bereits in seiner Mittwochmorgenausgabe melden, daß die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlung um einen wichtigen Schritt weitergekommen sind, indem er ankündigte, daß in den Pariser Verhandlungen die Unterzeichnung eines neuen Protokolls unmittelbar bevorstehe. Dieses Protokoll, das sogenannte zweite, faßt die Ergebnisse zusammen, die sich in den ersten zehn Tagen der Pariser Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Delegation ergeben haben. Der deutsche Verhandlungsführer, Ministerialdirektor Pöschel, hat das Protokoll kürzlich dem Reichskabinett vorgelegt und das Kabinett, also auch die Deutschnationalen, haben ihm zugestimmt.

### Der Inhalt der bisherigen Vereinbarungen

Läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß Frankreich zu drei wichtigen Zugeständnissen bereit ist. Es verzichtet zunächst darauf, bei der Gewährung der tatsächlichen Meißbegünstigung eine vierzehnmönatige Uebergangsfrist eintreten zu lassen; Deutschland erhält also die Meißbegünstigung für alle wichtigeren deutschen Exportwaren (eine volle Meißbegünstigung, also für alle Waren des Zolltarifs, kennt das französische Zollsystem nicht) sofort bei Abschluß des endgültigen Handelsvertrages. Frankreich ist zweitens bereit, die sogenannten Minimalzölle für die ganze Dauer des deutsch-französischen Vertrages zu binden, natürlich nur für diejenigen Waren, bei denen dies ausdrücklich vertraglich festgelegt wird. Man verzichtet also auf französischer Seite auf die bisher nachdrücklich verfolgte Forderung, daß die Sätze des Minimalzolls kurzfristig, je nach den Erfordernissen der Lage, geändert werden könnten. Nicht minder wichtig ist das dritte Zugeständnis Frankreichs, wonach die Minimalzölle für einzelne besonders zu bestimmende Waren noch weiter herabgesetzt werden können. Der sogenannte Minimalzoll wird also gar nicht die niedrigsten Zollsätze, die Frankreich überhaupt zur Anwendung bringt, enthalten, sondern die dort verzeichneten Tarifsätze werden praktisch noch unterschritten werden können. Auch dieses Zugeständnis ist wichtig und insofern bedeutend, als in dem neuen französischen Zollgesetz ausdrücklich gesagt ist, daß ein Heruntergehen unter die Zölle der Minimalzölle nur ganz ausnahmsweise erfolgen solle. Soviel ist über die prinzipiellen Zugeständnisse Frankreichs zu sagen. Das eigentliche Handelsvertragswerk, nämlich die Festlegung der vertraglichen Zollsätze für die vielen Hunderte von einzelnen Waren, wird nunmehr erst beginnen und sicherlich noch Wochen zähen „Kämpfens“ in Anspruch nehmen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß Frankreich für seine verhältnismäßig weitgehenden Konzessionen

### deutsche Zugeständnisse

erhalten haben muß. Da Deutschland nach der Art seines Zollsystems besondere grundsätzliche Zugeständnisse nicht zu bieten hat (es wird Frankreich ja, wenn überhaupt ein Vertrag zustande kommt, dann gleich die volle Meißbegünstigung gewähren), müssen die deutschen Gegenleistungen in Zollermäßigungen bestehen. Die deutschen Unterhändler werden sich also wohl bereit erklärt haben, die deutschen industriellen Schutzzölle für sehr viele derjenigen Waren, an deren Export Frankreich erheblich interessiert ist, beträchtlich herabzusetzen. Und weiter wird, darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, auch der deutsche Zollschutz für eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Produkte abgebaut werden. Insbesondere gilt das für den Zoll auf Wein. Da Frankreich, wie im Protokoll festgelegt ist, für seine Waren grundsätzlich in Deutschland die volle Meißbegünstigung erhalten soll, wird es jedenfalls dieselben, wenn nicht niedrigere Zollsätze für eine in der Menge unbeschränkte Weineinfuhr erhalten, wie sie bisher in den Handelsverträgen mit Spanien und Italien geltend waren bzw. sind. Es ist besonders hervorzuheben, daß diese deutschen Zugeständnisse schon jetzt die Billigung des deutschen Reichskabinetts gefunden haben, daß es also auch die Minister der Deutschnationalen und mit ihnen der Landbündler-Schleie gemessen sind, die entgegen ihren demagogischen Redensarten, jetzt damit einverstanden sein müssen, den französischen Wein nach Deutschland zu niedrigen Zollsätzen hereinzulassen. Mit dem Abschluß des Protokolls ist die erste wichtigste Etappe erreicht, so daß man den weiteren Verhandlungen mit einiger Zuversicht entgegensehen kann.

Etwas anders liegen freilich die Dinge, wenn man die gleichzeitig mit den Verhandlungen über den endgültigen Tarif geführten weiteren Verhandlungen berücksichtigt, deren Ziel die

### Ausgestaltung des sogenannten handelsvertraglichen Provisoriums

zwischen Deutschland und Frankreich ist. Als am 21. Februar d. J. die Frist für das halbjährige Provisorium vom August abließ, das seinerzeit nach dem sogenannten Frühgemüseabkommen geschlossen worden war, haben sich die Franzosen nur unter der Bedingung zu einer Verlängerung des Provisoriums um weitere drei Monate bereit erklärt, daß es bis zum 21. März möglich sein würde, sich nicht nur über die Grundlagen des endgültigen Vertrages zu einigen, sondern auch das Provisorium selbst noch zu

ergänzen und auszubauen. Diese Verhandlungen sind nun auf beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen, weil Frankreich bis zum Abschluß des endgültigen Vertrages warten will, der ihm für seine Weinausfuhr alle gewünschten Zugeständnisse bringt, sondern weil die Franzosen schon jetzt ein sehr beträchtliches Einfuhrkontingent an Wein zu ermäßigten Zollsätzen für die restlichen zwei Monate des Provisoriums fordern. Für den Fall nun, daß nach Ablauf des Provisoriums zu Ende Mai ein endgültiger Vertrag noch nicht zustandekommt, würden die Franzosen den Vorteil haben, daß dieses Kontingent schon ausgenutzt, d. h. nach Deutschland eingeführt ist. Deutschland aber kann ein Äquivalent für die Hereinlassung des Weines deshalb nicht erhalten, weil es sich bei seinen Exportwaren nicht um Lagerwaren (wie Wein eine ist) handelt, von denen man schnell große Mengen verkaufen oder auch gegen Kredit ins Ausland bringen kann, sondern um solche Waren, bei denen sich der Abzug nur ganz langsam, entsprechend dem Ausbau der Absatzorganisation und der Entwicklung der Geschäftsbeziehungen, vergrößern läßt. Deshalb fordert Deutschland, vorsichtig, weitgehende Zollzugeständnisse bei industriellen Exportwaren für die Dauer des Provisoriums, und die französischen Unterhändler sind zunächst nicht geneigt, diesen Forderungen zu entsprechen, da sie es bei der augenblicklichen recht ungünstigen Lage der französischen Industrie vermeiden wollen, die ausländische Konkurrenz gar zu stark ins Land hereinzulassen.

### Die Einigung ist aber durchaus möglich, und sie ist notwendig

um der wirtschaftlichen Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern willen. Freilich ist es eine Ironie des Schicksals, daß es Poincaré in Frankreich, die Deutschnationalen in Deutschland sein werden, die ein Verständigungswert durchführen müssen, das die Schotbarone im deutsch-französischen Roheisenpakt und im Koksabkommen, die Grubenherren im Kalkvertrag begonnen haben. Das endgültige Verständigungswert im Handelsvertrag bringt aber mehr als diese hochkapitalistischen Bündnisse, und deshalb ist es besonders wichtig; es bedeutet einen Abbau der Hochschutzmauern im Herzen Europas, bei den beiden größten Wirtschaftsmächten des Kontinents.

## Das Protokoll unterzeichnet.

### Keine Kündigung des Provisoriums.

Wie die *U.* in letzter Stunde meldet, ist die grundsätzliche Einigung zwischen den deutschen und den französischen Unterhändlern endgültig erzielt. Das in unserem Artikel eingangs erwähnte Protokoll über die Grundzüge des endgültigen Handelsvertrages wurde gestern abend in Paris unterzeichnet. Für die Dauer des handelsvertraglichen Provisoriums ist den Franzosen ein ihren Wünschen entsprechendes Kontingent der Weinausfuhr nach Deutschland zugestanden worden, während der deutschen Industrie Zugeständnisse für die Einfuhr von chemischen und elektrotechnischen Handwerkszeugnissen sowie von Maschinen nach Frankreich gemacht wurden. Das Provisorium wird also von französischer Seite nicht gekündigt.

## Zollsteuerung auch für Kartoffeln.

### Ein Landbündlerbesitz im preussischen Landtag.

Der schwarzblaue Block des Reiches bekräftigt eine Wirtschafts- und Handelspolitik, die zu weiterer Erhöhung der Zölle, damit zur Hebung des Preisniveaus und zur völligen Absperrung Deutschlands von dem Ausland führen muß. Da es Zeit, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die weitreichende Bedeutung eines Antrages der Deutschnationalen Fraktion im Preussischen Landtag zu richten, den man als einen Versuchsbalken der Deutschnationalen Partei betrachten muß, von dessen Schicksal im Landtag es abhängen wird, ob er auch im Reichstag eingebracht werden könnte. Der Antrag lautet:

„Die Kartoffel ist eins der wichtigsten Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung. Die Erhaltung und Wetterentwicklung der deutschen Kartoffelerzeugung muß sichergestellt werden.“

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der durch die Verordnung vom 2. Juli 1925 gegen Polen festgesetzte Kartoffelzoll von 2 Mark Doppelzentner Mindestsatz wird, unter dem auch in handelsvertraglichen Abmachungen nicht heruntergegangen werden darf, und daß die Bestimmungen des deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrages vom 26. November 1925, soweit sie die Ermäßigungen des Kartoffelzolls vorsehen, zu dem nächstzulässigen Zeitpunkt gekündigt werden.“

Dieser Antrag ist gestern im Preussischen Landtag angenommen worden.

Durch den Verlust gewisser mittel- und oberschlesischer Gebiete, vor allem aber der Provinzen Posen und Westpreußen, ist im allgemeinen in Deutschland die Kartoffeldecke zu kurz geworden. Etwa 20 bis 25 Proz. der Kartoffelernte Deutschlands sind verlorengegangen, und es ergibt sich auch unter Berücksichtigung des Eigenbedarfes der verlorenen Gebiete gegen früher ein Ausfall von 5 bis 7 Millionen Tonnen. Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben nun die Landwirtschaft erkennen lassen, daß sie Überschüsse an Kartoffeln durch Verfüllung im frischen und trockenen Zustand glatt unterzubringen vermag. Der Landbund verfolgt jetzt ganz offensichtlich das Ziel, die Preise für Kartoffeln zu diskutieren bzw. durch Angabe von Preisparolen im gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Der Kartoffelzoll darf nicht so hoch werden, daß er die Einfuhr von Kartoffeln aus dem Ausland unterbindet. Die Kartoffel ist das Hauptnahrungsmittel des Volkes, die dauernde Verteuerung der Kartoffeln verschlechtert in ungeheurem Maße die Lage der arbeitenden Bevölkerung. Die deutsche Volkswirtschaft hat daher mit Rücksicht auf die Allgemeinheit ein unbedingtes Interesse daran, durch hohe Zölle die Kartoffelpreise nicht dauernd hoch zu halten, wie es jetzt infolge des Zollkampfes mit Polen der Fall ist.

Zum völligen Erliegen aber käme die deutsche Kartoffelindustrie, würden besonders die zahlreichen an der Ostgrenze Preußens liegenden Stärkelfabriken kommen, wenn der vom Landbund und der Deutschnationalen Partei angeordnete hohe Kartoffelzoll Wirklichkeit wird. Diese zahlreichen Fabriken sind oft die einzigen industriellen Unternehmungen der Landkreise rechts der Oder. Seit Jahrzehnten schon sind sie auf die Provinzen Posen und Westpreußen für die Eindeckung mit Kartoffeln angewiesen. Sie können ohne dieses Hinterland für die Versorgung mit Rohmaterial nicht existieren. Zum Beispiel wurden in einer schlesischen Fabrik vor dem Kriege durchschnittlich 77,85 Proz. der insgesamt verarbeiteten Kartoffelmengen aus Polen bezogen. Von 1919 ab — seit dem Verlust der Provinz Polen — ist, da der Kartoffelbezug aus Polen zumeist unterbunden war, die Fabrik nur mit 26,26 Proz. der normalen Leistungsfähigkeit beschäftigt, seit dem nun schon über ein Jahr währenden Zollkrieg mit Polen nur noch mit 4,31 Proz. (?) Nehmliches gilt für die Fabriken in Ostpreußen. Würden wie früher weiter Kartoffeln aus Westpreußen und Polen bezogen, so hätten die östlichen Stärkelfabriken mit Tausenden von Arbeitern Beschäftigung. Es würde nur der sehr viel niedrigere Betrag des Rohmaterials an das Ausland zu zahlen sein. Reicht muß Deutschland, da die Grenze für Kartoffeln gesperrt ist, ausländisches Kartoffelmehl einzuführen und mit teurem Geld aus dem Ausland bezahlen, die deutschen Arbeiter bleiben dabei beschäftigungslos.

Der Preussische Landtag entscheidet nicht über Zollfragen, sondern der Reichstag. Seine Aufgabe muß es sein, die Politik der Kartoffelverteuerung unmöglich zu machen.

## Förderung des Wohnungsbaues.

### Leitlinie des vorläufigen Reichswirtschaftsrates.

Zu den Streitfragen der zweckmäßigen Förderung des Wohnungsbaues hat auch der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Fielungs- und Wohnungsweisen Stellung genommen und seine Vorschläge in Richtlinien festgelegt. Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft soll nicht eher erfolgen, bevor der Bedarf an neuen Kleinwohnungen ausreichend gedeckt ist. Die Mietmieten sollen möglichst niedrig gehalten werden, um von dieser Seite her die Mieten von Almwohnungen und Neubauten einander anzugleichen. Die aus den Mietssteigerungen stehenden Gelder sind in allererster Linie neuen Wohnungebauten zuzuführen.

Um aus den vorhandenen Mitteln einen möglichst großen Zugang der neuen Wohnungen sicherzustellen, soll die Beteiligung des Bau- und Bodenwertes aus Sparanlagen und öffentlich-rechtlichen Bankmitteln, eventuell unter Gemeindebürgerschaft und Gewährung von Zinszuschüssen aus der Hauszinssteuer, auf 60 Prozent erweitert werden. Dabei kann das kommunale Bürgschaftskonto durch Bildung von Sicherheitsfonds gedeckt werden. Mindestens 10—20 Prozent des Bau- und Bodenwertes sollen vom Bauherrn in der Regel als Eigenkapital nachgewiesen werden. Die Sicherung ausreichender Verzinsung und eventuell die Gewährung des hypothekarischen Vorranges vor den Hauszinssteuerehypotheken soll eine möglichst starke Heranziehung privater Kapitalien erleichtern. Dabei soll der Zinsfuß für Hauszinssteuerehypotheken möglichst niedrig gehalten und von Ländern und Gemeinden bei Neubauten für zehn Jahre Steuerfreiheit gewährt werden. Schlechten und unsoliden Bauweisen soll durch nachdrückliche Sentung der Bau- und Baukosten vorgebeugt werden. Bedürftigen soll nicht mehr als ein Hauszinssteuerzuschuß nach Maß gewährt werden, sondern die Gemeinden sollen für Mietsbeihilfen einen bestimmten Teil der Hauszinssteuer erhalten.

Weiterhin wurden zwei Entschlüsse angenommen, die für den Fall der Erhöhung der gesetzlichen Miete eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie vor der endgültigen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ein soziales Wohnungsrecht fordern, besonders für unbemittelte und -inderreiche Familien.



# Dieses Garantieband

bürgt für die neue leichte Mischung unserer

## GOLD-SABA

### 48

nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, mit köstlichem Aroma, bekömmlicher Qualität und glattem weißen Brand

## GARBÁTY

**Bilder aus dem Wohnungselend.**

In Sachsen hat am 12. Oktober 1926 eine Wohnungsnotzählung stattgefunden. Dabei ergab sich die Tatsache, daß an diesem Tage allein in Sachsen über 10 000 zweiföpfige, 8240 drei- und mehrköpfige Familien getrennt leben, weil sie keine Wohnung finden. Über 28 900 zweiföpfige und über 36 600 drei- und mehrköpfige Familien wohnen in Untermiete, Zwillingquartieren oder bei Verwandten, weil sie keine eigene Familienwohnung haben. Insgesamt waren demnach allein in Sachsen rund 83 900 Familien ohne eigene Wohnung. Dieses Beispiel aus Sachsen mag eine Andeutung dafür sein, was wir bei der in diesem Jahre stattfindenden Reichswohnungszählung zu erwarten haben. Das Wohnungselend in Deutschland ist unbeschreiblich und es ist toll, daß im kapitalistischen Deutschland der Hauptkampf und die Hauptfrage in der Wohnungsfrage viel mehr darauf gerichtet sind, wie der Hausbesitzer seine Rente steigert, als darauf, den menschenwürdigen Wohnungsverhältnissen von Millionen ein entschlossenes Ende zu machen.

Der Kurseinbruch an der Börse, der sich in den letzten sechs Wochen allmählich, aber fühlbar durchgesetzt hat, kommt deutlich in den Kursstatistiken zum Ausdruck, die die Deutsche Bank regelmäßig veröffentlicht. Im Märzheft ihrer „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ wird für die an der Berliner Börse gehandelten Aktien ein Rückgang des Durchschnittskurses von 177,7 Proz. am 9. Februar auf 168,6 Proz. am 9. März festgestellt. Der Wert der an der Berliner Börse gehandelten Aktiengesellschaften hat also in einem Monat 9,1 Proz. des Nominalkapitals verloren. Dabei ist es beachtlich, daß die Bankaktien die schärfsten Rückgänge zu verzeichnen haben, nämlich um 21,3 Proz., während die Industrie- und Schiffahrtsaktien im Durchschnitt nur um 7,7 Proz. zurückgingen. Auch der Bericht der Deutschen Bank weist nachdrücklich darauf hin, daß die Spannung auf dem Geldmarkt, die der Hauspekulation ein Ende gesetzt hat, fortbestehen werde, da (durch die Zinsentzug) der Zustuß von Auslandsanleihen aufgehört habe und (infolge der ansteigenden Konjunktur) die bisher nicht verwendeten Teile von Auslandsanleihen allmählich wirtschaftlichen Zwecken zugeführt würden.

21 Proz. Dividende. Das Doppelte wäre möglich gewesen. Diese große Dividende verteilen die Vereinigten Strohkoffabriken in Dresden, die in ihren drei Fabriken zur Erzeugung von Strohhalmstoff für Feinpapier über 600 Arbeiter beschäftigen und für 1924 und 1925 auch schon Dividenden von 18 und 15 Proz. auf das 1,6-Millionen-Kapital verteilt haben. Der Gesellschaft scheint selbst Angst davor zu sein, dauernd mit so hohen Dividenden an die Öffentlichkeit zu treten. Denn einmal wird sie ihr Kapital auf 3,2 Millionen verdoppeln, mit anderen Worten verzwelfachen, und zum anderen sagt sie mit Nachdruck, daß sie eigentlich nur 7,2 Proz. Dividende verteile, wenn man das Vorkriegskapital von 4 Millionen zugrunde lege. Aber es hilft nichts. Die Gesellschaft hätte sogar das Doppelte, also über 40 Proz. Dividende verteilen können. Denn einmal erhöht sie ihren Reservefonds (ohnehin schon 25 Proz. des Aktienkapitals) weiter um 100 000 M., dann steigert sie ihr Verkohlungskonto — trotz der großen stillen Reserven — um 0,17 Millionen Mark, und endlich hat sie weit aus dem größten Teil ihrer Obligationsschulden auslaufenden Einnahmen, also aus Gewinnen, tilgen können. Die Gesellschaft hat also mit der ausgesparten Dividende neue offene und stille Reserven geschaffen. So kommt in dem ausgewiesenen von 0,27 auf 0,47 Millionen Mark erhöhten Reingewinn auch nur ein kleiner Teil der Gewinne zum Ausdruck, die tatsächlich vorliegen.

Wieder keine Dividende bei Daimler-Benz. Die seit Mitte vorigen Jahres fusionierten Daimler- und Benz-Gesellschaften sind bekanntlich, wie die Ufa, ein Sorgenkind der Deutschen Bank. Beide Gesellschaften haben im Jahre 1926 mit einem Verlust abgeschlossen, nachdem insbesondere die Daimler A.G. vor dem Kriege und im Kriege riesige Dividenden abgeworfen hatte. Die aus der Aufsichtsratsitzung der neuen Daimler-Benz A.G. mitgeteilt wird, zehet der erste gemeinsame Abschluß für 1926 einen kleinen buchmäßigen Ueberschuß von 478 000 M., und zwar einschließlich des Portrages von 357 000 M. Der Reingewinn des vergangenen Jahres beziffert sich also auf rund 121 000 Mark, der bei einem Aktienkapital von über 36 Millionen natürlich minimal ist und jede Dividende ausschließt. Wie bekannt, wird demnach das Aktienkapital um 14 auf 50 Millionen erhöht; die fremden Mittel sind außerdem kürzlich durch eine 20-Millionen-Obligationssanleihe erweitert worden, aus denen die Bankschulden zum größten Teil abgedeckt werden sollen. Man darf gespannt darauf sein, wie die Daimler-Benz A.G. dieses noch beträchtlich erhöhte Kapital im laufenden Jahre rentabilisieren will, für das übrigens ein befriedigender Geschäftsgang gemeldet wird.

Großfusion in der Dachpappenindustrie. Der Konzern der Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken A.G., Berlin, leitet die betriebliche Verschmelzung seiner Beteiligungen (wir berichteten kürzlich über die Fusion zwischen Schering und Chemische Fabriken Kahlbaum) energisch fort. Jetzt erfolgt unter der Führung der C. F. Weber A.G., Leipzig, die seit 1922 vom Oberlokskonzern beherrscht wird, die Zusammenfassung von rund 20 Dachpappenfabriken und Handelsgesellschaften, die mit dem Oberlokskonzern betrieblich durch die Lieferung von Teer- und Imprägnierstoffen schon verknüpft sind. Zum Zweck der Fusionierung erhöht die C. F. Weber A.G. ihr Kapital von 1 Million bis zu 9 Millionen Mark. Der Hauptzweck der Fusion dürfte die Ersparung von Steuern sein.

Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn wird für 1926 eine Dividende von 5 Proz. verteilen.

Eine englische Filmdebatte, aus der man lernen sollte. Auch in England betreibt die Filmindustrie eine Kampagne zum Schutz des englischen Marktes. Dem englischen Unterhaus lag eine Gesetzesvorlage vor, die die Kinoschreiber verpflichten soll, wenigstens 75 Proz. der gespielten Filme der englischen Filmproduktion zu referieren. Sämtliche Parteien des englischen Unterhauses haben sich selbst gegen diesen im Vergleich zu Deutschland minimalen Schutz erklärt. Ramsay MacDonald forderte für die Arbeiterkassen die Verwerfung der Vorlage mit der Begründung, daß die außerenglischen Filmhersteller über die Engländer lachen müßten, wenn sie mit einer solchen Vorlage ihre Leistungsunfähigkeit zugeben. Der Konservative Sir Robert Horne sprach von der Herabwürdigung des Ansehens der westlichen Völker des Orients durch die Aufführung von Filmen, die sie in den Augen der Filmgäste klammern. Der Liberale Runciman endlich erklärte, die Vorlage sei Schutzmaßnahme wahnfinnigster Art. Nachdem andere Abgeordnete sich in ähnlicher Weise geäußert hatten, wurde die Debatte vertagt. Ob die deutschen Filmproduzenten daraus lernen werden, daß kein Schutz und keine staatliche Förderung, sondern nur die höchste Qualitätsleistung die Filmindustrie aufwärts führen kann?

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 1, zu richten.

- 6. Kreis Kiezeberg. Heute, Freitag, 18. März, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Beamtenvertreter der Abteilungen des Kreises bei Richter, Pankow, 10.
- 7. Kreis Charlottenburg. Zeitungskommissionssitzung heute, Freitag, 18. März, 8 Uhr, bei Heimer, Wilmersdorfer, Ecke Kanalstraße. Sämtliche Kommissionenmitglieder und Spezialrevisor müssen erscheinen. — Sonnabend, 19. März, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Eichenstr. 2, Sitzung der Jugendkommission. Alle Abteilungen müssen unbedingt vertreten sein.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeiterwohlfahrt: Sonnabend, 19. März, Besichtigung des Erziehungsheims Eichenhof in Köpenick. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr pünktlich vor der Anhalt. Fahrtverbindungen: Stadtbahn: Friedrichsfelde; Straßenbahn: 13, 113, 69.

13. Kreis Köpenick, Pankow, Eichenstraße. Heute, Freitag, 18. März, 8 Uhr, im Hotel Schönhof, Eichenstr. 15a, Kreisparteireportersammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Erich Kullner, M. d. B. — Sitzung: Um 7 1/2 Uhr ebenfalls Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. Wir erwarten vollständige Erscheinung.

**Heute, Freitag, 18. März.**

8. Uhr, 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Tobroblaw, Eichenstraße 11.

7. Uhr. Die Bezirksleiter wollen umgehend die Marktasien beim Verteilungsausschuss, Genossen Jacob, in Empfang nehmen.

**Morgen, Sonnabend, 19. März.**

10. Uhr, 11. Uhr, 12. Uhr im Restaurant Sanssouci, Westliche, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Kommunistische Bewegung.“ Referent: Stadtdirektor Franz Kühnig. Erscheinern aller Genosseninnen und Genossen ist Pflicht. „Kommunistische Bewegung“ und „Kommunistische Partei“ sind willkommen.

11. Uhr, 12. Uhr Monatsversammlung im „Alten Deutscher“ Tagesort: 1. Vortrag des Provinziallandtagsabgeordneten G. Gierke: „Die Sozialdemokratie in der Opposition.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Anwesende sind willkommen.

100. Ufa. Köpenick. Sonntag, 20. März, Kranzübertragung auf dem Friedhof bei den Opfern des Rapp-Putschs. Treffpunkt: nachmittags 9 Uhr auf dem Röllnischen Platz. Schrittmärschige Beteiligung wird erwartet.

**Jungsozialisten:**

Gesamtsitzung heute, Freitag, 18. März, 7 1/2 Uhr, in den Pankowhäusern am Wäldchen. Am Friedrichshain 20-21. Vertiefung der Arbeit gegen das Gesetz zur Jugend bei Luftfahrten. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. B. Alle Gruppen beteiligen sich geschlossen an dieser Veranstaltung.

Gesamtsitzung der weiblichen Gruppen am Sonnabend, 19. März, 1 1/2 Uhr, im Jugendheim des Lehrerseminars am Brunnenplatz, Eingang Oststr. 10, Laden. Mitteilung über den Vortrag: „Femalpolitik und Plakat“ des Genossen Franz Kratnik. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller am vergangenen Sonnabend anwesenden Genossinnen und Genossen ist unbedingt notwendig.

Gruppe Wedding-Gesundbrunn: Der Vortrag des Genossen Berlinger mit heute, Freitag, wegen der Veranstaltung des Arbeiter-Kulturfestes aus. Wir nehmen geschlossen daran teil. — Gruppe Köpenick: Sonntag abend 8 Uhr gemeinsame Wäsche mit der Ufa im Jugendheim Eichenstr. 2. Der Gruppenabend am Dienstag, 22. März, fällt aus. Dafür Donnerstag, 24. März, 8 Uhr, Juristische Gesellschaft, Vortrag des Genossen Fr. Bernitz: „Sozialistische Erziehung und Volksbildung.“ Genossen aus anderen Gruppen und der Ufa sind willkommen. — Gruppe Mitte: Der Gruppenabend fällt heute, Freitag, aus. Wir beteiligen uns an der Rundgebung des Arbeiter-Kulturfestes Sonntag Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum. Treffpunkt nachmittags 10 1/2 Uhr vor dem Museum. Anschließend Besuch der Statue in Friedrichsfelde. — Gruppe Kiezeberg: Sonnabend, 19. März, 8 Uhr, im Jugendheim Bremer, Ecke Wilmersdorfer, Zimmer 8, Gruppenversammlung. Nichtsanktioniert. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

**SPD-Fraktion Berliner Stadtbank und Sparkasse:**

Heute, Freitag, 18. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Schenke“, am Wäldchen 1. Vortrag: „Zentrumspolitik und Arbeiterleben.“ Referent: Professor Anton Fische.



**Alle Welt ist darin einig,**

dass die Verwendung der Feinkost-Margarine „Blauband, frisch gekirnt“ zum Backen, Kochen, Braten und aufs Brot viel Geld spart. Güte und Geschmack der Speisen bleiben die gleichen wie bei Butter. Blauband ist unübertroffen an Wohlgeschmack, Nährwert und Reinheit.



1/2 Pfd. 50 Pfennig

**Beachten Sie unseren Wettbewerb ( 100 Preise (L. Preis 600 M.) ) Nureine Photographie ist nötig Alles Nähere**

**JUHL für Feinraucher**

in den Filialen

1. Alexanderplatz (Lehrervereinshaus)	8. Schönhauser Allee (Nordring)	15. Groß-Lichterfelde-West, Knebeckstr. 11
2. Dorotheenstr. 11	9. Seydelstr. 32 (Spittelmarkt)	16. Kaiser-Friedrich-Str. 247-249 (Neukölln, Hermannplatz)
3. Friedrichstr. 99	10. Stromstr. 67	17. Pankow, Berliner Str. 31
4. Invalidenstr. 128	11. Tempelhofer Ufer 1a	18. Pankow, Wollankstr. 135
5. Joachimsthaler Str. 1 (Zoo)	12. Friedenau-Wannseebahn	19. Steglitz, Albrechtstr. 103
6. Reinickendorfer Str. 16	13. Weidenburger Str. 7	20. Weißensee, Berliner Allee 248
7. Schleissische Str. 39/40	14. Groß-Lichterfelde-West, Hans-Sachs-Str. 1	

## Im Schuppen.

Von Anton Tschchow.

Gegen 10 Uhr abends. Der Kutscher Stepan, der Hausknecht Michael, der Enkel des Kutschers, Woschka, der beim Großvater zu Besuch ist, und Nikander, ein sechzigjähriger Greis, der jeden Abend auf den Hof kommt und Heringe verkauft, sitzen im Wagenschuppen um die Laterne herum und spielen Karten. Durch die offene Tür kann man den weiten Hof und das Haus überblicken. Draußen ist alles in nächtliches Dunkel gehüllt, nur vier Fenster im linken Seitensügel sind hell erleuchtet. Die Schatten der Wagen und Schlitzen mit den in die Höhe gerichteten Deichselstangen ziehen sich von der Wand zur Tür und kreuzen die zitternden Schatten, welche die Laterne und die Spieler werfen. Hinter der dünnen Bretterwand, welche den Schuppen vom Stall trennt, stehen die Pferde. Es riecht nach Heu, und vom alten Nikander geht ein unangenehmer Heringsgeruch aus.

Der Hausknecht gewinnt. Er nimmt eine stolze Haltung ein, wie sie seiner Meinung nach einem Sieger zukommt, schnaubt geräuschvoll in ein rotgewürfeltes Taschentuch und sagt mit Genugtuung:

„Das wird sich wohl auch so gehörent!“

Woschka, ein achtjähriger Knabe mit schwarzem, lange nicht geschnittenem Haar, der beinahe gewonnen hätte, blidt den Hausknecht böse und neidisch an, dann wirft er die Lippen auf und macht ein finstres Gesicht.

„Großvater, jetzt komm' ich zum Anspielen,“ sagt er, nachdenklich in die Karten blickend. „Ich weiß, du hast Karodame...“

„Na, du Narrchen, vielleicht täuschst du dich? Spiel doch mal an!“

Woschka spielt zögernd den Karobuben an. In diesem Augenblick ertönt die Hofglocke.

„Ach, daß dich...“ brummt der Hausknecht und erhebt sich. Als er eine Weile später zurückkommt, hat Woschka schon die Partie gewonnen.

„Die Sache sieht faul“, sagt der Hausknecht und setzt sich. „Eben sind die Kerze gegangen. Haben die Kugel nicht rausbekommen...“

„Wie können sie auch! Habens wahrscheinlich nur noch schlimmer gemacht. Wenn die Kugel im Kopf sitzt, was können da die Kerze...“

„Wagt ohne Bewußtsein“, fährt der Hausknecht fort. „Wird wohl sterben... Woschka, mein Jungchen, sieh anderen Leuten nicht in die Karten, sonst bekommst du was hinter die Ohren!... Ja, als die Kerze gingen, kamen seine Eltern... Sind eben gekommen. Das Geschrei, das Weinen — Gott soll mich bewahren! Es ist der einzige Sohn... Schrecklich!“

Alle, außer Woschka, der sich in seine Karten vertieft, betrachten die hellerleuchteten Fenster des Seitensügels.

„Ich soll morgen zur Polizei kommen“, sagt der Hausknecht, „zum Verhör... Aber was weiß ich? Habe ich vielleicht was gesehen? Mußt mich heute morgen sein, gibt mir 'nen Brief und sagt: „Dal Stek' den in den Briefkasten!“ Und hat dabei, solch vorweinde Augen. Frau und Kinder waren nicht zu Hause, waren spazieren gegangen... Na, ich ging mit dem Brief, und inzwischen schloß er sich 'ne Kugel in den Kopf. Wie ich zurückkomme, schreit schon die Köchin über den ganzen Hof.“

„Eine große Sünde!“ beginnt der Heringshändler mit heiserer Stimme und schüttelt mißbilligend den Kopf. „Eine sehr große Sünde!“

„Es war ein studierter Herr“, sagt der Hausknecht und zählt seine Sünde. „Ist mit einmal übergeschnappt. Sah ganze Nächte lang und schrieb immerfort... Spiel' an, Woschka!... Ja, aber ein guter Herr, ein anständiger Mieter.“

„Wird wohl wieder ein Weib dahinter stecken“, sagt der Kutscher, mit der Krumpfnose den Karodäber frechend. „Soll eine fremde Frau geliebt haben, seiner eigenen überdrüssig gewesen sein. Kommt schon vor!“

In diesem Augenblick ertönt wieder die Hofglocke. Der Hausknecht prudt ärgerlich aus und geht öffnen. An den heißen Fenstern des Seitensügels huschen, tanzenden Paaren ähnlich, Schatten vorüber. Vom Hofe ertönen unruhige Stimmen, eilige Schritte.

„Gewiß sind wieder die Doktoren gekommen“, sagt der Kutscher. „Unser Michael muß sich heute mal laufen...“

Eine sonderbar heulende Stimme ertönt einen Augenblick in der nächtlichen Stille. Woschka blidt erschreckt seinen Großvater, dann das Fenster an und sagt:

„Geistern hat er mir am Torweg über den Kopf gefrischen.“

„Du“, sagte er, „Junge, woher bist du?“... Großvater, wer hat da eben geheult?“

Der Großvater antwortet nicht, sondern macht sich mit dem Licht in der Laterne zu schaffen.

„Hat sich und die Kinder unglücklich gemacht“, sagt er nach einer Weile und gähnt. „Und die Kinder müssen die Schande ihr ganzes Leben lang tragen.“

Der Hausknecht kehrt zurück und setzt sich.

„Tot!“ sagt er. „Man hat schon nach den Leichenwäscherinnen geschickt.“

„Ewige Seligkeit! Ewige Ruhe!“ flüstert der Kutscher und bekreuzigt sich.

„Für solche darf man nicht beten!“ sagt der Heringshändler streng.

„Warum nicht?“

„Es ist Sünde!“

„Nikander hat recht“, pflichtet der Hausknecht bei. „Seine Seele fährt jetzt geradewegs in die Hölle, zum Teufel...“

„Sünde...“ wiederholt der Heringshändler. „Solche beerdigt man nicht, man hält keine Totenmessen für sie; sondern wie 'n treppiertes Vieh, ohne jede Feierslichkeit...“

Der Greis setzt die Hände auf und erhebt sich.

„Da war bei unserer gnädigen Generalin“, sagt er, die Hände hiefier drückend, — „wir waren damals noch Leibeigene — also da war bei unserer gnädigen Generalin der jüngste Sohn gestorben...“

„Auch so'n Ueberlebender...“ mit der Zivote in den Mund, versteht ihr? Nach dem Geschehen solche ohne Popen, ohne Seelenmessen hinterm Kirchhof verscharrt werden. Aber die gnädige Generalin bestoch die Polizei und die Kerze, damit bei den Leuten kein Gerede entstünde, na und dann sagten sie, der Sohn hätte es im Retrospekt, in der Bewußtlosigkeit getan. Für Geld bekommt man alles. Man begrub ihn also mit dem Popen, mit Musik, mit allen Ehren dicht bei der Kirche, die der verstorbene General hatte erbauen lassen, da, wo alle seine Verwandten beerdigt wurden. Schäm! Einen Monat, zwei Monate geht alles gut. Im dritten kommen

die Kirchhofwächter zur Generalin. „Was wollt ihr?“ „Erzählen, wie können nicht länger“, sagen sie, „Kirchhofsdienst tun... Suchen Sie sich andere dazu. Uns haben Sie die Gnade zu entzihen.“ „Aber warum denn?“ „Rein“, sagen sie, „es geht nicht. Ihr Sohn heult die ganze Nacht um die Kirche.“

Woschka zukt zusammen und versteckt, um nicht die Fenster sehen zu müssen, das Gesicht hinter dem Rücken des Kutschers.

„Die Generalin wollte zuerst nichts davon hören“, fährt der Greis fort. „Solch dummes Volk!“ sagte sie. „Das alles“, sagte sie, „ist nichts als Überplauden. Ein toter Mensch kann nicht heulen.“

Aber nach einiger Zeit kommen die Wächter wieder und dieses Mal auch der Kutscher. Also der Kutscher hat ebenfalls gehört, daß da etwas heult. Die Generalin sieht, die Sache sieht schlecht; sie schließt sich mit den Wächtern in ihr Schlafzimmer ein und sagt:

„Da habt ihr 25 Rubel, Freunde. Dafür werdet ihr nachts ganz im stillen, so daß niemand etwas sieht und hört, meinen unglücklichen Sohn ausgraben und ihn“, sagt sie, „hinterm Kirchhof verscharrten.“

Hat ihnen wahrscheinlich noch jedem ein Gläschen gegeben... Und die Wächter taten so. Der Grabstein mit der Inschrift liegt noch heute neben der Kirche, aber er selbst, der Generalssohn, liegt hinterm Kirchhof... „Ach Gott, verzeih' uns Sündern!“ seufzt der Herings-

## Der Finanzausgleich.



Mutter Germana: „Und weil mein bayerischer Bub immer so schön artig zu mir ist, bekommt er diese schöne Extrawurst!“

händler. „Am ganzen Jahre gib'ts Moß einen Tag, wo man für solche beten darf: den Sonnabend vor Pfingsten... Auch den Armen darf man nichts für sie geben — Sünde! Aber die Vögel kann man füttern für die Ruhe ihrer Seelen. Die Generalin ging alle drei Tage an den Kreuzweg und fütterte die Vögel. Aber einmal, wie aus der Erde gewachsen, stand da am Kreuzweg ein schwarzer Hund, sprang zu und schnappte ihr das Brot weg; das war so einer... na, man weiß schon, was für ein Hund das war! Die Generalin war halbtot vor Schreck, konnte fünf Tage nichts essen, nichts trinken... Fällt auf einmal im Garten auf die Anie und betet, betet... Na adieu, Bruder! Gott gebe euch ewigen Frieden! Komm, Michajuscha, mach' mir die Tür auf!“

Der Heringshändler und der Hausknecht gehen hinaus. Der Kutscher und Woschka folgen ihnen, um nicht im Schuppen bleiben zu müssen.

„Heute lebt ein Mensch, und morgen ist er tot!“ philosophiert der Kutscher und blidt nach den Fenstern, an welchen noch immer Schatten vorüberhuschen. „Heute morgen ging er noch hier auf dem Hofe herum und jetzt ist er tot!“

„Kommt die Zeit, sterben auch wir“, sagt der Hausknecht, sich mit dem Heringshändler entfernend.

Der Kutscher und Woschka treten zögernd an die erleuchteten Fenster. Eine sehr blasse Dame mit großen, verweinten Augen und ein ehrwürdiger Herr rücken zwei Spieltische in die Mitte des Zimmers, wahrscheinlich um die Beiche darauf zu legen. Auf dem grünen Tuch der Tische sind noch mit Kreide geschriebene Ziffern zu sehen. Die Köchin, welche morgens schreiend auf den Hof gestürzt war, steht auf einem Stuhl, redt sich in die Höhe und bemüht sich, mit einem Laken den Spiegel zu verhängen.

„Großvater, was tun die da?“ fragt flüsternd Woschka.

„Sie werden ihn gleich auf den Tisch legen“, antwortet der Großvater. „Komm, Rindchen! Zeit, schlafen zu gehen.“

Der Kutscher und Woschka kehren in den Schuppen zurück. Sie beten und ziehen sich aus. Stepan legt sich in einer Ecke auf die Erde, Woschka in den Schlitzen. Die Tür des Schuppens ist geschlossen, und es riecht unangenehm nach der ausgelöschten Laterne. Nach einer Weile erhebt Woschka den Kopf und blidt sich um: durch die Türspalten kann er die vier erleuchteten Fenster sehen.

„Großvater, ich habe Angst!“ sagt er.

„Ach, schlaf doch...“

„Aber ich habe solche Angst!“

„Was brauchst du Angst zu haben? Solch ein Hofenstuch!“

Sie schweigen. Woschka springt Woschka aus dem Schlitzen und läuft, laut weinend, zum Großvater.

„Was hast du? Was fehlt dir?“ erschrickt der Kutscher, ebenfalls aufstehend.

„Da heult was!“

„Wer heult?“

„Ich habe Angst, Großvater... Da... hörst du?“

Der Kutscher horcht angestrengt.

„Da weint jemand. Na geh, du Narrchen! Sie sind traurig... na und weinen.“

„Ich will ins Dorf zurück...“ fährt der Enkel fort, schluchzend und am ganzen Körper zitternd. „Großvater, komm, wir wollen ins Dorf zur Mutter fahren. Komm, Großvater, lieber! Gott wird dir dafür die ewige Seligkeit schenken!“

„Solch ein Schafstopf!... Na, sei still, sei still... sei still! Ich werde die Laterne aufstecken. Schafstopf!“

Der Kutscher tastet nach den Streichhölzern und zündet die Laterne an. Aber das Licht beruhigt Woschka nicht.

„Großvater Stepan, wir wollen ins Dorf fahren!“ bittet er weinend. „Ich habe Angst hier... solche Angst! Warum hast du mich überhaupt aus dem Dorf fortgenommen, Bösewicht?“

„Wer ist hier Bösewicht? Darf man zu seinem Großvater so sprechen? Durchhauen werde ich dich!“

„Hau, Großvater, hau, soviel du willst, nur bring' mich zur Mutter! Habe die göttliche Gnade!“

„Na, na, Enkelchen, na...“ flüstert freundlich der Kutscher. „Fürchte dich nicht... Ich selbst habe auch Angst... Betel!“

Die Tür knarrt, und der Hausknecht erscheint auf der Schwelle.

„Schläfst du, Stepan?“ fragt er. „Die ganze Nacht keine Ruhe. Die ganze Nacht bloß Tür auf, Tür zu!... Du, Woschka, warum weinst du?“

„Hat Angst...“ antwortet der Kutscher für den Enkel. Wieder hört man das Heulen.

„Da weinen sie“, sagt der Hausknecht. „Die Mutter kann es noch immer nicht glauben... Schrecklich, wie sie sich grämt!“

„Und der Vater?“

„Der Vater?... Na, der ist nicht so. Sitzt im Winkel und schweigt. Die Kinder hat man zu Verwandten gebracht... Was meinst du, Stepan? Wollen wir wieder 'ne Partie machen, was?“

„Meinetwegen!“ willigt der Kutscher ein. „Aber du, Woschka, geh' schlafen. Kann bald ans Heiraten denken und fürchtet sich! So 'n Schafstopf! Na geh, Enkelchen, geh...“

Die Gegenwart des Hausknechts beruhigt Woschka. Er geht langsam zum Schlitzen und legt sich hin. Und während er einschlummert, hört er noch: „Ach steche deinen König...“

„Ach steche deinen König...“ wiederholt der Hausknecht.

Am Tor knarrt es. Die Tür knarrt, und auch sie scheint zu wiederholen: „Ach steche deinen König...“

Als Woschka im Traum den toten Herrn aus dem Seitensügel sieht, fährt er zusammen, beginnt zu weinen und — erwacht.

Es ist bereits Morgen. Der Großvater schnarcht, und der Schuppen erscheint gar nicht mehr schrecklich.

(Aus dem Russischen von Josephsohn.)

## Theatersitten von Anno dazumal.

Von J. Kliche.

Den Theaterbesucher von heute, der nicht nur an die Aufführungen, sondern auch an den Zuschauerraum und das ruhige Verhalten des Publikums die höchsten Ansprüche stellt, müdet es selten an, gelegentlich aus einer zeitgenössischen Chronik zu erfahren, daß es noch vor einem Jahrhundert mit der Kultur des Zuschauerraums zuweilen sehr gute Bege hatte. Wir hören da, daß man nicht nur während der Aufführungen seine mitgebrachten Butterbrote in aller Gemütsruhe verzehrte, sondern sich auch in mancherlei Unterhaltungen erging, ohne auf die übrigen Theaterbesucher die geringste Rücksicht zu nehmen. Mit andächtiger Hingabe läßt der Kunstgenießer unserer Tage eine Klassikeraufführung an sich vorüberziehen. Wie aber war es in der Entstehungszeit dieser Werke? Als in Hamburg Vestings „Minna von Barnhelm“ und der „Rathen“ aufgeführt wurden, wollte das Theaterpublikum diesen Stücken gar keinen Geschmack abgeminnen, und die Stücke der Hflland und Kagebur waren ihm, von sonstigem Holuspokus abgesehen, entschieden willkommener. Hätte deshalb der Theaterdirektor nicht zusehendurch ein wenig für kurzweilige Unterhaltung gesorgt, so wären am Ende des nächsten Mal seine Gasse überhaupt nicht wiedergekommen. So geschah es denn, daß während der „Rathen“-Aufführung das Publikum in den Pausen zwischen den einzelnen Akten durch Trapes- und ähnliche Varietékünste unterhalten wurde. Hier und da trolte sich auch ein Spahnmacher herum. Man wollte doch etwas davon haben, wenn man ins Theater ging, und der Theaterdirektor und sein Kassaverwalter wußten, wie man das Publikum zu behandeln hatte.

Dergleichen Dinge postieren aber nicht nur in Hamburg. Auch selbst in Weimar rissen die Zwischenfälle im Theater nicht ab, sogar unter des Ministers Goethe Augen. Hier sorgten besonders die Studenten während der Vorstellung für Abwechslung und Kurzweil. Daß die Studenten aus der benachbarten Landesuniversität Jena während der „Rathen“-Aufführung das Räuberlied bei offener Szene regelmäßig mitsangen — eine Sitte, die sich übrigens noch bis zum Weltkrieg bei der in jedem Winter einmal offiziell von Jena aus unternommenen „Räuber“-Fahrt erhalten hat —, war schon nichts Besonderes mehr und wurde im Interesse des Hausfriedens und der Kassenerhältnisse geduldet. Schlimmer war es schon, wenn einzelne der jungen Gasse sternhagelvoll betrunken ins Theater kamen. Da ging es denn selten ohne allerlei Ziden ab. Die Weimarer Theaterbesucher war das auch für Goethe ein Grauel. Ehe die Studenten sich diese Weimarer Vorrechte herausgenommen hatten, war es in dem kleinen Hoftheater ganz munterlich zugegangen. Zwar hatten die Hausfrauen von Anfang an ihr Strickzeug mitgebracht, das sie während der Aufführung fleißig und fingerfertig handhabten, jedoch Räpfelein hatte es nicht gegeben. Bei kaum hörbarem Klappern der Stricknadeln folgte man den Vorgängen auf der Bühne, und waren gar erit Goethe und der Herzog im Theater, dann war man doppelt andächtigt, d. h. wie man eben dazumal die Andacht im Theater aussah.

Wurden die Studenten gar zu frech, d. h. sangen sie während der offenen Szenen ihre Sauslieder oder machten unpassende Zwischenrufe, dann rief ihnen der ergrimnte Goethe zuweilen von seiner Loge aus ein verärgertes Wort zu. Doch denen da unten im Parterre imponierte das keineswegs. Sie trieben ihren Unfug weiter, und der sonst Allmächtige in seiner Loge war froh, daß die Ungeratenen ihn nicht noch persönlich anstießen. Auch der Landesvater Karl August sah sich gelegentlich genötigt, den Studenten seine Mißbilligung zuzurufen, was in der Regel auch nicht viel fruchtete, einmal aber sogar zur Folse hatte, daß einer der Jenoer Studenten, ein Graf Wallenberg, dem Herzog eine Forderung wegen Beleidigung überfenden ließ! Nur infolge der Rücksicht des Herzogs wurde nichts weiter daraus. Zu den wenig beliebten Personen am Weimarer Theater gehörte die Schauspielerin Karoline Jaquemann, die Geliebte des Herzogs, und ihr gegenüber glaubte man schon wegen ihrer Beziehungen zum Herzog durch gelegentliches Randaliereu rüpelhaft auftreten zu dürfen.

Solche nicht gerade erfreulichen Theatersitten gab es im Goetheischen Weimar. Der fürstliche Absolutismus steckte hier einen Pflock zurück, denn die skandalstüchtigen Jenoer Studenten brachten Geld nach Weimar, und das wurde durchaus geschätzt. Schließlich muß man auch berücksichtigen, daß die studentischen Sitten damals an und für sich äußerst rüpelhaft waren, ferner, daß der Dichter Goethe bei aller Verehrung und Bewachung, die er zu seinen Lebzeiten genoss, für seine Zeitgenossen im allgemeinen eben noch nicht das war, was er für die Nachwelt wurde.



## Aus dem Landtage.

### Abstimmungen zum Landwirtschaftsetat.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner Donnerstagssitzung die noch ausstehenden Abstimmungen zum Etat der landwirtschaftlichen und der Forstverwaltung.

Bei der Abstimmung finden alle Resolutionen auf erhöhten Schutzoll mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums Annahme gegen die Stimmen der Linken, darunter auch der Antrag auf einen Kartoffelmindestzoll von 2 Mark in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 152 Stimmen.

Mit den Stimmen des Zentrums und der Linken werden gegen die Rechtsparteien angenommen die sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserung der Landarbeiterwohnungen und verminderte Zulassung der ausländischen Wanderarbeiter. Annahme findet auch der sozialdemokratische Antrag, den Forstarbeitern die ihnen bisher vorenthaltenen Weihnachtsgelöhne der Beamten zu gewähren in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 22 Stimmen.

Auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses hob der Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Immunität des kommunistischen Landtagsabgeordneten Lademann auf, der wegen des bekannten Hundegedichtes unter der Anklage der Beleidigung des Reichspräsidenten von Hindenburg steht.

Die übrige Sitzung wurde zur Weiterberatung des Rüstetat's verwandt, die auch am Freitag fortgesetzt wird. Dabei sprach Genossin Jensen-Kiel geschickt und wirksam für die Verlängerung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahre und für eine stärkere Förderung der Erwachsenenbildung, insbesondere auf dem Gebiete der Volkshochschulen und der Volkshäuser.

Die übrigen Reden wiederholten meist nur bekannte Argumente aus dem Streit um das kommende Reichsschulgesetz.

## Der Arbeitsplan des Landtags.

### Zurückziehung des Grund- und Gebäudesteuergesetzes

Im Vorkomitee des Landtages machte Präsident Bartels Mitteilung von dem Entschluß des preussischen Finanzministers, das Grund- und Gebäudesteuergesetz zurückzuziehen. Es sei beabsichtigt, die bisherigen Bestimmungen auf ein weiteres Jahr zu verlängern; das Reich werde eine Vorlage machen, die den Ländern eine solche Verlängerung ermöglicht. Im übrigen wurde mitgeteilt, daß die Landgemeindeordnung nicht mehr vor Oestern zur Plenarberatung gestellt werden soll, so daß voraussichtlich noch ein größerer Etat, vielleicht der des Innenministeriums, in zweiter Beratung erledigt werden kann. Die Osterferien sollen am 3. April, wie bereits beschlossen war, beginnen, und bis zum 26. April andauern.

Der Hauptausschuß des Landtages stimmte am Donnerstag einem Antrag des Unterausschusses auf Erhöhung der Mittel für die Junglehrer von 11,1 Millionen auf 13,1 Millionen zu.

## Um die Senkung der Realsteuern.

### Die Stellungnahme der Länder und Gemeinden.

Die Regierungsparteien wollen durch den Finanzausgleich eine Senkung der Realsteuern der Länder und Gemeinden erzwingen. Da diese Steuern aber nicht der Zuständigkeit des Reiches unterliegen, so enthalten die Anträge der Regierungsparteien nur eine Aufforderung an die Länder und Gemeinden, in dieser Richtung zu wirken. In der Sitzung des Steuerausschusses vom Donnerstag haben die Vertreter der Länder zu diesem Verlangen Stellung genommen.

## Jugendweihe der Arbeiterschaft Groß-Berlins

am Sonntag, dem 20. März 1927, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Kottbuserstr.

Mitwirkende: Berliner Volkshor: Leitung Dr. Jander • An der Orgel: Willi Jaeger • Cello-Vcllo: Armin Liebermann, Fritz Hoppe, Karl Lenzevski • Weiberchor: Dr. Lohmann • Der Sprecher der proletarischen Feiernunde, Leitung Hb. Florath und Einzelsprecher Heint. Wille Eintrittskarten sind an der Kasse erhältlich.

Für Preußen erklärte Finanzminister Höpfer-Wschhoff, es werde vom 1. April 1927 ab die Gewerbesteuer um 50 bis 60 Millionen senken. Das sei bereits durch eine Novelle zur Gewerbesteuerordnung beschlossen. Die Staatsregierung würde es nicht zulassen, daß diese Senkung durch eine allgemeine Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge zur Gewerbesteuer wieder ausgeglichen werde. Der dem Landtag vorliegende Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuergesetzes bringe einen Einnahmeausfall für Staat und Gemeinden von 36 Millionen.

Ministerialdirektor von Lepden vom preussischen Innenministerium fügte hinzu: Auch für die Gesamtheit der Gemeinden könne erwartet werden, daß die Senkung der Gewerbesteuern sich praktisch auswirke, wenn den Gemeinden die Belastung durch die Erwerbslosenfürsorge abgenommen und nicht auf dem Umwege über die Krisenfürsorge wieder auferlegt werde. Auch bei Erfüllung dieser Voraussetzungen werde jedoch in einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern eintreten müssen, wenn ihnen die Getränkesteuern genommen werden.

Der Vertreter Württembergs erklärte, seine Regierung werde die Grundstückssteuer ab 1. März aufheben und die Summen, die Württemberg aus der Erhöhung der Garantie erhält, den Gemeinden zur Senkung der Realsteuern zur Verfügung stellen.

Der Vertreter Badens erklärte, man werde die Realsteuern nach Möglichkeit senken und habe bereits entsprechende Schritte getan.

Der Vertreter Bayerns teilt mit, daß der Ertrag der Gewerbesteuern auf 24 Millionen begrenzt sei. Die Steuer solle weiter gesenkt werden, wenn der Ertrag diesen Betrag übersteige. Bei Fortfall der Getränkesteuern müßten die Gemeinden aber die Steuerzuschläge erhöhen.

Der Ausschuß nahm diese Erklärungen zur Kenntnis, wird aber erst am Freitag die allgemeine Debatte beenden.

## Kanalprojekte / Luftfahrtwesen.

### Die Beratungen im Haushaltsausschuß.

Die Beratung des Ausschusses für den Reichshaushalt über die neuen Kanalprojekte, für die die Reichsregierung im Etat des Reichsverkehrsministeriums Mittel anfordert, konnte auch in der Donnerstagssitzung noch nicht zu Ende geführt werden. Die ganze zur Verfügung stehende Zeit wurde ausgefüllt durch die Debatte über einen zweiten Teilbetrag von 600 000 Mark, den die Reichsregierung zu Vor- und Entwurfsarbeiten zur Prüfung der Bauwürdigkeit des Hanja-Kanals in den Etat eingestellt hat. Deutschnationale und Zentrum sprachen sich scharf gegen die Bewilligung aus, trotzdem im Nachtragsetat 1926 für diesen Zweck bereits 200 000 M. bewilligt worden waren. Durch solche Bewilligungen würden in den interessierten Kreisen Hoffnungen erweckt, die zu erfüllen das Reich später außerstande sein könnte. Von anderer Seite wurde die Bewilligung befürwortet, um es dem Reichsverkehrsministerium zu ermöglichen, so genaue Kalkulationen anzufertigen, daß die Reichsbahn sie als richtig anerkennen und bei der Festlegung neuer Eisenbahntarife sie als Grundlage nehmen müsse. Mit schwacher Mehrheit wurde bei der Abstimmung die Position bewilligt, von allen Seiten aber hervorgehoben, daß es sich nur um die Prüfung der Bauwürdigkeit des Hanja-Kanals handele, das Schicksal des Kanals selbst aber dadurch in keiner Weise entschieden sei.

Zur Förderung der dem regelmäßigen öffentlichen Verkehr dienenden Luftfahrtunternehmungen werden rund 20 Millionen angefordert. Hierzu hatte das Reichsverkehrsministerium dem Referenten, Abg. Dr. Quast, den Wunsch unterbreitet, seinerseits zu beantragen, diese Position um 1,8 Millionen zu erhöhen, um mit diesen 1,8 Millionen in Südamerika zu begründende deutsche Luftreedereien zu unterstützen. Dr. Quast gab zwar diesen Wunsch des Ministeriums bekannt, erklärte aber, daß er es ablehnen müsse, den erbetenen Antrag zu stellen, da die gegebenen Unterlagen durchaus ungenügend seien. Auch wisse er nicht, wie das Reichsfinanzministerium zu dieser nicht unbeträchtlichen Erhöhung stehe. Sofort erhob sich ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, um zu erklären, sein Ministerium stelle die 1,8 Millionen zu dem genannten Zweck zur Verfügung. Genosse Heimann nagelte diese Erklärung des Finanzministeriums fest, fragte, ob wir denn in Deutschland wirklich keine bringenderen Sorgen hätten, als das Luftfahrtwesen in Südamerika zu fördern, und kontrastierte die Freigiebigkeit des Reichsfinanzministeriums in dieser Sache mit der schroffen und konsequent ablehnenden Haltung, die das Reichsfinanzministerium jeder, auch der kleinsten sozialen Forderung gegenüber, bei dieser Etatsberatung befolgt habe. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht.



Chinosol

## Schnupfen, Grippe, Katarrhe

verhütet und heilt man sicher durch Spülen und Gurgeln mit Chinosol. Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien kostenlosen Prospekt mit Anwendungsvorschriften.

**SLEIPNER**

Die Reichshauptstadt, das Centrum intensiver Arbeit, verlangt besonders leichte Cigaretten.

UNSERE **SLEIPNER 5PF** ist mild und doch nicht fade, vollaromatisch und doch leicht.

**A. BATSCHARI**

CIGARETTENFABRIK A.G.

## PEEK & CLOPPENBURG

Berlin C 19 • GERTRAUDTENSTRASSE 25-27 • ROSS-STRASSE 1-4

### Moderne Herrenmäntel zum Frühjahr

fertig am Lager

In allen Größen vorrätig

81 683 Ulster aus modellarbigem gemusterten Cheviot . . . . . M. 38.-	81 713 Ulster aus grau gemustertem Cheviot . . . . . M. 45.-
56 889 Paletot aus marengo Cheviot . . . . . M. 46.-	81 714 Ulster a. bräunlichem gemustertem Cheviot . . . . . M. 58.-
56 887 Paletot aus grau gemustertem Cheviot . . . . . M. 58.-	81 719 Ulster aus olivfarbigem Gabardine . . . . . M. 65.-
81 801 Ulster aus modellarbigem Cheviot m. mod. Überkaro 78.-	56 896 Paletot aus marengo Cheviot . . . . . M. 78.-
56 886 Paletot aus marengo Diagonal-Cheviot . . . . . M. 86.-	81 712 Ulster aus braun gemustertem Gabardine . . . . . M. 88.-
81 701 Ulster a. mittelgrauem mel. Gabardine m. mod. Überkaro 98.-	56 876 Paletot aus mittelgrauem melierten Covercoat M. 98.-

**Eigenerzeugnisse**

